

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. V. u. Dis.-Gef., Depostenk., Jerusalemstr. 6/6a.

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M., (davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 90 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbeiträge. Mehreren Kundenabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckfachporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Toll und Zeit“.

Die einseit. Transportgebühren 80 Pf. Postgebühren 5.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (schlief zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Zahl. Stellanzeige das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wochentags von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Front gegen den Mordkurs!

15 überfüllte Massenversammlungen! — Kampf dem faschistischen Terror!

Zu fünfzehn großen öffentlichen Kundgebungen am gleichen Abend und in den verschiedensten Stadtteilen hatte die Berliner Sozialdemokratie aufgerufen.

Es galt, den Beweis zu liefern, daß die sozialistische Arbeiterklasse der Reichshauptstadt trotz Krise und Not auf dem Posten ist, um dem Ansturm der nationalsozialistischen Reaktion und ihrer Bundesgenossen vom Volkssenscheid zu begegnen. Es galt ganz besonders, den werktätigen Massen im ganzen Reich zu zeigen, daß die Berliner Parteigenossen die Vorgänge in Braunschweig mit größter Aufmerksamkeit verfolgen: sie sind mit den Opfern jener braunen Bestsoldatensoldaten, die im Reich des Herrn Klages wüten darf, weil das Bürgertum es sich mit Herrn Hitler nicht verderben will. Führer der Berliner Sozialdemokratie und leitende Genossen aus Braunschweig sprachen zu den Massen. Es gab keine von den fünfzehn Versammlungen, die nicht überfüllt war und polizeulich abgesperrt werden mußte. Nirgends ereigneten sich nennenswerte Zwischenfälle. Das Reichsbanner war überall in stattlicher Zahl aufmarschiert und sorgte durch seine bloße Anwesenheit für ungeführten Verlauf.

Besonders stürmischen Beifall ernteten die Genossen aus Braunschweig, die in allen Versammlungen erschienen und Zeugnis ablegten für das blutige Treiben der faschistischen Horden. Aus ihren packenden Schilderungen gewannen die Zuhörer ein Bild von dem, was die Arbeiterschaft in ganz Deutschland zu erwarten hat, wenn mit kommunistischer Hilfe die Hitler, Fried und Konferten sich in den Besitz der Macht-

mittel des Staates setzen und sie gegen die Arbeiterschaft mißbrauchen. Der Eindruck dieser Schilderungen war so nachhaltig, daß selbst die kommunistischen Zuhörer, die sich in allen Versammlungen mehr oder minder zahlreich eingefunden hatten, Störungen oder selbst Zwischenrufe kaum wagten.

Durch ihren glänzenden Verlauf haben die fünfzehn überfüllten Kundgebungen ihren doppelten Zweck erfüllt: einmal das Selbstbewußtsein der eigenen Parteigenossen und der mit ihnen sympathisierenden Massen zu stärken, denen die Gegner von rechts und links tagtäglich einreden wollen, daß ihre Partei an Boden verliere; zweitens aber auch den Bundesgenossen vom Halenkreuz und vom Sowjetisten zu demonstrieren, daß die deutsche Sozialdemokratie sich in ihrer Aufgabe als Bollwerk der Republik und des Sozialismus durch kein Geschrei, durch keine Verleumdungen und durch keine Gewalttaten beirren läßt.

Sie hat fünfzehn Massenversammlungen gleichzeitig abgehalten; sie könnte ebensogut dreißig und noch mehr Kundgebungen am gleichen Tage veranstalten und sie wären alle gleichsam überfüllt. Wenn die faschistische Reaktion es wagen sollte, ihre Braunschweiger Bürgerkriegsprovokationen in Berlin zu wiederholen, dann wird sich ihr eine Front von Hunderttausenden Männern und Frauen entgegenstellen, an der ihr Ansturm zerschellen wird. Das ist die politische Lehre des gestrigen Abends!

Über einzelne Versammlungen berichten wir an anderer Stelle des Blattes.

Faschistischer Bankentrach.

Die größte italienische Bank muß saniert werden.

In den letzten Monaten war die faschistische Zensur für Nachrichten über das italienische Finanz- und Bankwesen besonders undurchsichtig. Jetzt kommt, bemerkenswerterweise aus Rom, dem Regierungssitz, nicht aus Mailand, die Nachricht, daß die größte Bank Italiens, die Banca Commerciale Italiana in Mailand, umgestellt werden mußte. Die Mitwirkung der italienischen Regierung und der italienischen Nationalbank ist offenbar.

Die Banca Commerciale Italiana hat ihren gesamten Besitz an Industriekapital verkauft. Erwerber ist ein neu gegründetes Bankinstitut, das von denselben großen Industriekonzerne beherrscht wird, deren Aktienpakete die Banca Commerciale verkauft hatte. Es wird in dem sehr sorgfältig formulierten Verwaltungsbericht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch die neue Transaktion sich für die kurzfristigen Verpflichtungen der Banca Commerciale eine sehr hohe Liquidität ergebe.

Vor einigen Monaten kam die kurze Nachricht, daß die Banca

Commerciale eine neue Leitung erhalten habe. Der Hinweis auf die durch den Aktienverkauf an gros erhöhte Liquidität rechtfertigt die Vermutung, daß eine Sanierung notwendig war und jetzt im stillen versucht ist.

Die Banca Commerciale Italiana ist nicht nur die größte italienische Bank, sondern auch die wichtigste Repräsentantin der faschistischen Wirtschaftspolitik. Die größten, von der faschistischen Regierung stark geförderten Konzerne der chemischen und Metallindustrie (Montecatini), der Kunstseidenindustrie (Sore de Chailion), der Elektrizitätsindustrie und der Schifffahrt wurden von der Banca Commerciale aufgebaut und beherrscht. Sie hatte Ende 1930 nicht weniger als 8,28 Milliarden Lire (5 Lire gleich etwa 1 Mark) Einlagen und fremde Kredite. Ihr Bestand an Aktienpaketen dürfte in diesem Jahre 600 Millionen Lire überschritten haben. Der Verkauf dieser Aktienpakete ist jetzt erfolgt.

Die Meldungen aus Rom bezeichnen die Transaktion als ein „wichtiges Ereignis im Wirtschaftsleben Italiens“.

Laval unterrichtet Hoesch.

Zweistündige Informationsausprache.

Paris, 3. November. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Laval berichtete heute vormittag dem Ministerrat über seinen Besuch bei der Regierung der USA. Am Nachmittag erschienen Außenminister Briand und Botschafter v. Hoesch bei Laval.

Die Unterredung dauerte genau zwei Stunden. In ihrem Verlauf wurden Finanzminister Flandin und der Direktor im Finanzministerium Bizot hinzugezogen. Laval gab nach einer deutschen Mitteilung dem Botschafter eine Erläuterung zu dem Gang und den Ergebnissen der Washingtoner Besprechungen, woran sich eine eingehende Aussprache schloß. Briand verließ um 1/2 7 Uhr zusammen mit dem Botschafter das Arbeitszimmer und ließ sich mit ihm vor dem Eingang des Ministeriums fotografieren, während Hoesch noch kurze Zeit mit Flandin konferierte. Am Abschluß davon diktierte der Ministerpräsident der Presse

ein kurzes Communiqué, in dem es heißt, daß er den Botschafter über seine Unterredungen mit dem Präsidenten Hoover bezüglich der „Erschließung des gegenwärtigen Moratoriums durch das normale Regime des Young-Planes“ unterrichtet habe.

Die Unterredung hat sich also auf die Mitteilung von Einzelheiten über die Washingtoner Unterhaltungen an den deutschen Botschafter beschränkt. Irgendwelche Vorschläge der Reichsregierung wurden von dem Botschafter nicht überbracht. Das wird erst nach der Beratung der Mitteilungen Laval durch die Reichsregierung geschehen. Der Finanzminister wurde zugezogen, um einige technische Erläuterungen zu den Bestimmungen des Young-Planes über ein Zahlungsmoratorium zu geben.

Der französische Ministerrat hat die Einberufung des Parlaments zum 12. November beschlossen.

Benesch und Mitteleuropa.

Keine Donauföderation — keine Einbeziehung von Diktaturen!

Von Rudolf Illovy-Prag.

Die Tschechoslowakei mit ihrer festen Währung und ihrem von schweren Erschütterungen bisher bewahrten Wirtschaftsleben verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit alle Vorgänge in ihrer Umgebung. Außenminister Benesch hat in seinem letzten Exposé bemerkt, daß auch die tschechoslowakische Republik bei andauernden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Nachbarstaaten nicht lange Widerstand leisten könnte und sie daher ein Interesse daran habe, daß es sowohl Oesterreich als auch Ungarn gut gehe. Aus diesem Grunde seien ein Plan und ein Programm notwendig.

Wie dieser Plan beschaffen sein soll, darüber hat Benesch nichts Konkretes verraten. Jedoch sein Hinweis auf die Kleine Entente, daß sie die Grundlage einer guten Zusammenarbeit in Mitteleuropa werden könnte, deutet an, daß sich Benesch die künftige Neuordnung in Mitteleuropa in einer Ablehnung der Nachbarstaaten an die Kleine Entente vorstellt. Ebenso wie heute ein jeder der drei Kleine-Entente-Staaten: Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, politisch und wirtschaftlich selbständig und unabhängig ist, wäre es auch bei einer Erweiterung der Kleinen Entente um neue Mitglieder der Fall. Diese Konstellation könnte aber zum Ausgangspunkt gemeinsamer handelspolitischer Vereinbarungen werden, die allmählich vielleicht auch zur Angleichung der Zölle führen könnten. Ob irgendwelche Zollunion zwischen diesen Staaten möglich wäre, würde die Weiterentwicklung zeigen. Gegenwärtig ist eine jede Zollannäherung sogar innerhalb der Kleine-Entente-Staaten noch ferne Zukunftsmusik. Ja, die wirtschaftlichen Gegensätze der Tschechoslowakei und Jugoslawiens haben sich durch Schuld der tschechischen Agrarier in der letzten Zeit derart verschärft, daß Jugoslawien mit der Erschwerung des tschechoslowakischen Textilports als Gegenmaßregel auf die tschechoslowakische Einschränkung der Getreideinfuhr drohte.

Obwohl die tschechische Öffentlichkeit sich nicht verhehlt, daß die Schaffung eines größeren Wirtschaftsgebietes belebend auf die Industrie wirken würde, ist sie trotzdem grundsätzlich gegen alle Pläne, die den Keim einer Gefahr für die staatliche Selbständigkeit in sich tragen. Deshalb hat auch Benesch betont, daß die Regierung die Erneuerung irgendwelcher alter, überlebter Formen für unmöglich hält und nur solche akzeptieren würde, welche die Interessen des tschechoslowakischen Staates und der tschechoslowakischen Nation respektieren. Mit diesen Worten hat Benesch die besonders in Wien von Reaktionen propagierte und von französischen Aristokraten geförderte Idee einer Donauföderation, aus welcher Erzherzogin Zita herrschbegierige Augen hervorgucken, abgelehnt. Aber auch sonst, trotzdem sich die Tschechoslowakei in die inneren Verhältnisse der Nachbarländer nicht einmischen will, ist es selbstverständlich, daß ein von der Heimwehr terrorisiertes Oesterreich in einen tschechoslowakischen Mitteleuropaplan nicht einbezogen werden könnte, und daß Benesch's Worte von der tschechoslowakischen Pflicht, Ungarn in seinen Wirtschaftsnöten die helfende Hand zu reichen, auf ein vom Habsburger Otto als König beherrschtes Ungarn nicht Anwendung finden würde. Schließlich können ja keine mitteleuropäischen Pläne, wie auch Benesch ausgeführt hat, ohne vorheriges Uebereinkommen zwischen Berlin, Paris und Rom verwirklicht werden, wie überhaupt Benesch das Einvernehmen zwischen Berlin und Paris im Interesse des europäischen Friedens für unbedingt notwendig hält. England, sagte Benesch in der Exposédebatte im Senat, ist an mitteleuropäischen Fragen uninteressiert und wird jede mitteleuropäische Lösung annehmen, über welche sich Deutschland, Frankreich und Italien einigen.

Die wirtschaftliche Besserstellung der Tschechoslowakei im Verhältnis zu anderen Staaten ist, abgesehen von rein wirtschaftlichen und politischen Momenten, auch dem erheblichen Bestreben aller Faktoren zu danken, die zeitweilig sich einstellenden Schwierigkeiten zu beheben. Ein Fall Schacht wäre in der Tschechoslowakei unmöglich. Der Staatsvoranschlag für 1932 ist aktiv. Durch Kürzung von Sachausgaben wurde seine Verringerung um eine halbe Milliarden Kronen erzielt. Budgetabstriche werden in allen Ministerien mit Ausnahme des Unterrichts- und Sozialfürsorgerefforts vorgenommen. Staatsangestelltenbezüge werden nicht gekürzt. In allen Gebieten der Staatsverwaltung werden Ersparungskommissionen

Privatkapitalist Hugenberg.

Seine Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß.

eingesetzt. Der Etat enthält auch eine Kreditvermehrung von 300 Millionen Kronen für Erwerbslosenunterstützung, falls die vorhandenen Mittel nicht ausreichen sollten. Das vom Ministerium für soziale Fürsorge unter der Leitung des deutschen Sozialdemokraten Dr. Tschick ausgearbeitete Gesetz über die vierzigstündige Arbeitswoche stößt auf Schwierigkeiten bei bürgerlichen Parteien. Der englische Pfundsturz ist nicht ohne schädlichen Einfluß auf den tschechoslowakischen Arbeitsmarkt geblieben, und manche Fabrikanten nahmen die erhöhte Konkurrenzfähigkeit der englischen Waren zum Vorwand, um die Löhne herabzusetzen. Unter dem Einfluß der letzten Bankensollens im Auslande bereitet die Regierung ein Bankengesetz vor, durch welches die Haftung der leitenden Bankfunktionäre festgesetzt werden soll.

Präsident Masaryk hat bereits früher den Satz geprägt, daß die Entwicklung in der ganzen Welt nach links geht. Außenminister Beneš wiederholte nun diesen Ausspruch, ja er sprach bei einem Metallarbeiterkongress der nationalen Partei von der bevorstehenden Zeit großer wirtschaftlicher Ummwälzungen. Weit rechts orientierte bürgerliche Politiker waren darüber sehr ungeduldet und stellten Beneš zur Rede. Er antwortete ihnen, wenn seine Auffassung vom Linkskurs nicht paßt, der könne statt dessen einfach sagen, die Entwicklung in der Welt gehe nach rechts. Sie laufe aber jedenfalls auf den Ausgleich der sozialen Gegensätze hinaus. Durch die letzten Weltereignisse, besonders durch den Ausfall der englischen Wahlen, fühlt sich die Bourgeoisie in ihrem Glauben, die Entwicklung gehe nach rechts, bekräftigt. Sie würde gerne zum Angriff gegen die sozialistischen Parteien übergehen, fürchtet aber, ihre Offensive würde mit einer Niederlage enden. Trotz der nur durch harmlose kommunistische Vorkommnisse unterbrochenen parlamentarischen Ruhe gestaltet sich das Zusammenleben innerhalb der Koalition immer schwieriger. Ministerpräsident Udrzal (Agrarier) hat im Budgetausschuß am 27. Oktober die Möglichkeit eines Ermächtigungsgesetzes angekündigt, was große Verstimmung in der Koalition hervorgerufen hat. Die Sozialdemokratie bekämpft heftig diesen verfassungswidrigen Plan.

Zur Zeit der Diskussion über den österreichisch-deutschen Zollunionsplan forderte der sich aus deutschen Industriellen zusammenschließende Textilverband in Reichenberg (Nordböhmen) die Tschechoslowakei auf, an die Staaten Mitteleuropas mit einem bestimmten, nur von wirtschaftlicher Vernunft diktierten Plan über die Schaffung eines großen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes heranzutreten und dabei die Führung zu übernehmen. Bei der Tagung der österreichischen Handelskammer in Prag am 30. Oktober wurde die Möglichkeit eines tschechoslowakisch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbündnisses erwogen. Die Londoner „Times“ empfahlen dieser Tage Ungarn wirtschaftliche Anlehnung an die Tschechoslowakei mit der Bemerkung, daß die anderen Staaten jetzt nicht mehr so leicht wie früher die Finanzen Ungarns retten könnten. Nach dem Zusammenbruch des Wiener Finanzwesens ist Prag das wirtschaftliche Zentrum Mitteleuropas geworden. Deshalb wird auch immer stärker der Ruf, Prag möge bei der Lösung der mitteleuropäischen Frage die Initiative ergreifen.

Das fehlende Getreide.

Die Ausflüchte des Reichsernährungsministeriums.

Was Herr Schiele zu unseren Enthüllungen über den deutschen Getreidemangel zu sagen wußte — wir gaben die Erklärung in der letzten Abendausgabe wieder —, zeugt von wenig Verantwortungsgefühl. Für Weizen wird gnädig die Notwendigkeit einer Einfuhr zugegeben; die Deckung der noch notwendigen Einfuhr wird als ein Kinderpiel dargestellt. Wengermäßig stimmt das, aber preismäßig ist es bei der scharf ansteigenden Tendenz der Getreidepreise auf dem Weltmarkt nicht gleichgültig, ob der Weizen erst im Frühjahr oder schon jetzt oder je nach Bedarf eingeführt wird. Herrn Schiele, der sonst immer für jede nur irgend mögliche Einsparung an Devisen eingetreten ist, ist es plötzlich gleichgültig, ob für die notwendige Weizeneinfuhr 50 oder 75 Millionen ausgegeben werden.

Für Roggen wird aber vom Reichsernährungsministerium jede Einfuhrnotwendigkeit abgegriffen. Glaubt aber das Ministerium, daß die Steigerung des Berliner Roggenpreises in einem Monat um 30 auf 200 Mark je Tonne für einen Ueberfluß an Roggen spricht?

Herr Schiele behauptet weiter, daß Futtergetreide nicht knapp sei. Will er bestreiten, daß wir einen Einfuhrbedarf von mindestens 2,5 Millionen Tonnen haben, der auf 3 Millionen Tonnen steigen kann? Aber Beschränkung und Verteuerung der Futtermittel — zum Schaden der Bauern und Verbraucher — durch die Politik des Monopols und des hohen Zolls für Futtergerste entsprechen ja Schiele's großagrarischen Zielsetzungen. Feststellungen über Futtermittelmangel sind deshalb unbedeutend.

Geradezu grotesk wirkt es aber, wenn der Reichsernährungsminister verlangt, daß die Schweineproduktion sich nach den verfügbaren einheimischen Futtermitteln richten soll. Die Ansicht, daß die Schweineproduktion eingeschränkt werden muß, wäre doch nur berechtigt, wenn das Schweinefleisch, das bisher in Deutschland erzeugt worden ist, nicht mehr aufgefressen werden kann. Herr Schiele befürwortet geradezu die vorzeitige Abschachtung von Schweinen, nur um die Schweinepreise in die Höhe zu treiben. Das gerade Gegenteil wäre richtig. Wenn in diesem Jahr mehr Schweine vorhanden sind als gemästet werden sollten und die Preise deshalb niedriger als im Vorjahre sind, müßten die Futtermittel verbilligt werden, damit die Bauern noch auf ihre Rechnung kommen. Nach Herrn Schiele sollen die Bauern aber ihre Ferkel tötschlagen, nur damit die Futtergetreidepreise hochgehalten werden können.

Nicht scharf genug kann gegen die nur von dem Bestreben, die Getreidepreise zu steigern, diktierten Erklärungen des Reichsernährungsministers Stellung genommen werden. Wir fordern noch wie vor, daß der Getreidezoll ermäßigt und die Einfuhr von Weizen erleichtert wird. Außerdem ist dafür zu sorgen, daß jede Preissteigerung am Roggenmarkt unterbleibt. Das Mittel hierfür ist ebenfalls die Zollsenkung.

Die Fortführung der Schiele'schen Politik wäre unverantwortlich. Wir gehen einem schweren Winter entgegen, der größte Opfer von den Arbeitern, die vom Lohnabbau betroffen sind, und von den Arbeitslosen erfordert. Deshalb muß jede weitere Preissteigerung unbedingt vermieden werden.

Wer sich von dem Auftreten des „künftigen Diktators“ aller Deutschen vor dem Landtagsuntersuchungsausschuß eine Sensation versprochen hatte, mußte eine Enttäuschung erleben. Ein pfiffiger kleiner Spießer sah am Zeugnis, dessen Format und Horizont dem Objekt der Untersuchung, nämlich der Verschärfung der Landbank und der Ueberorientierung des Staates hierbei durch kräftige Transaktionen durchaus entsprach.

Herr Hugenberg hatte es freilich weniger darauf angelegt, eine Zeugnisaussage zu machen, als eine politische Propagandarede zu halten. Vom Thema sprach er erst ganz zuletzt. Um so länger fiel die Einleitung aus, handelnd von „Hugenberg's Verdiensten um die Siedlung“. Dann folgten längere Ausführungen gegen das heutige System, das durch Sozialisierungsmassnahmen zur Korruption geführt habe, während allein die Privatwirtschaft — nach Hugenberg — einwandfrei und sparsam wirtschaftete.

Hier geriet der große Mann allerdings in einen Augenblick aus dem Konzept, denn vom Berichterstatter fiel der Zwischenruf: „Reden Sie von Nordwolle, Schuttheiß und Jagog?“ Darauf fand es Herr Hugenberg geraten, ins Spezielle zu gehen. Nach seiner Darstellung sind natürlich alle seine Transaktionen nicht nur unanfechtbar, sondern geradezu Ausflüsse des hugenberg'schen Edelmutens. Will man ihm folgen, so ist er ein Opfer, hingemerkelt von der Gegnerschaft finsterner politischer Mächte. Und er schließt mit der pathetischen Versicherung, daß, wenn es ein staatliches Schamgefühl gebe, der preussische Fiskus sich schämen müsse, dem Hugenberg-Konzern so wenig für seine Landbankaktien gezahlt zu haben.

Etwas weniger großsprecherisch wird Hugenberg freilich, als der Berichterstatter Kutner sehr präzise, für den Zeugen oftmals

sehr peinliche Fragen an diesen Märtyrer

des privaten Kapitalismus stellt. Gleich zu Beginn kommt es zu einem scharfen Zusammenstoß. Hugenberg möchte sich einen Heiterkeitserfolg verschaffen, indem er zunächst so tut, als ob er nicht wisse, wer der Berichterstatter sei. Sodann erklärte er, er lasse sich überhaupt nur auf eine Beantwortung der von Kutner gestellten Fragen ein (große Unruhe und Entrüstung links), weil er zunächst unterstelle, daß „Herr Kutner an den läghaften und fleghaften Artikeln“ des „Vorwärts“ gegen ihn — Hugenberg — unbeteiligt sei.

Berichterstatter Kutner: Ich unterstelle auch, daß Sie an den läghaften und fleghaften Artikeln, die der „Lokal-Anzeiger“ gegen mich täglich veröffentlicht, unbeteiligt sind. (Große Heiterkeit.)

Der große Diktator lacht. Von seinen deutschnationalen Kameladen umgeben — bei seinem Eintritt hatten die Deutschnationalen sich erhoben und groteske Diener gemacht — ist er wohl nicht mehr gewöhnt, daß man ihm in seiner eigenen Tonart antwortet. Er wird nach dieser Wbfuhr behäufamer. Der Berichterstatter haßt zunächst bei der Keuferung Hugenberg's ein, daß der Staat die Konkurslage der Landbank im Jahre 1923 verschuldet habe. Er fragt,

ob denn der Staat irgendwie an den faulen Geschäften der Landbank, an dem unumgänglichen Guldenabkommen mit der holländischen Bank, an den Fehlspekulationen des Direktors Ulrich beteiligt sei.

Hugenberg: Reine Keuferung sollte nur ausdrücken, daß der Staat durch die Verweigerung weiterer Kredite die Landbank in Konkurslage gebracht hat. Ein Siedlungsunternehmen, das heute keinen staatlichen Kredit erhält, kann nicht existieren.

Berichterstatter: Der Staat hat der Landbank durchaus seine Kredite verweigert. Die Staatsbank hat ihr sogar höheren Kredit eingeräumt, als sie nach kaufmännischen Grundsätzen veranwortlich konnte. Die Verweigerung der Kredite erfolgte erst, als man beim Staat erkannte, wie schlecht der Status der Landbank war.

Hugenberg bestreitet das lebhaft und sein Adversus, der ehemalige Landbankdirektor Tetens sucht den hugenberg'schen Standpunkt zu bekräftigen. Der Berichterstatter weist jedoch offenkundig nach, daß das Mißtrauen des Staates erst allmählich und nicht aus politischen, sondern geschäftlichen Gründen entstanden ist.

In die Enge getrieben, muß Hugenberg bezüglich der

Fehlgeschäfte der Landbank

das Bekenntnis ablegen, daß der privatkapitalistische Betrieb keineswegs von Fehlern frei sei und daß hier grobe Fehler gemacht worden seien.

Es kommt nun weiter zu einer Aussprache darüber, welche Aufwendungen der hugenberg-Konzern gemacht hat, um die Aktienmajorität der Landbank zu erwerben. Die im Jahre 1923 aufgewendeten 45 Millionen Papiermark, die am Zahlungstage einen Wert von 43 bis 150 Goldmark darstellten, sind nach Herrn Hugenberg eine große Leistung. Es sei ihm schwer gefallen, diesen Betrag aufzubringen.

Berichterstatter: Das scheint mir bei Ihrer Stellung kaum glaublich. Hugenberg lobt darauf über die Lüge, daß man ihn als fünfzigfachen Millionär bezeichne. Berichterstatter: Davon rede ich gar nicht. Bei Ihrer Stellung zur Schwerindustrie aber waren

45 Millionen Papiermark im Jahre 1923 eine Cappelle.

Hugenberg beruft sich darauf, daß mit diesem Gelde doch 33 000 Morgen Grundbesitz erworben worden seien. Berichterstatter: Das ist einer der springenden Punkte. Dieser Grundbesitz ist nämlich im Wege der Enteignung erworben und in gänzlich entwertetem Papiergeld bezahlt worden. Hugenberg: Machen Sie mir daraus einen Vorwurf? Berichterstatter: O nein, mein Vorwurf geht dahin, daß Sie dann bei der Veräußerung der Landbank vom Staate verlangt haben, daß er ihnen diesen typischen Inflationsgewinn, der obendrein mit Hilfe der staatlichen Enteignungsbefugnis gemacht worden ist, erziehen und vergüten sollte. Sie selbst haben in der letzten von Ihnen geleiteten Generalversammlung erklärt, daß nur durch diese Grundstücksäufe noch eine Substanz der Landbank vorhanden war. Diese Substanz beruhte also auf einem Inflationsgewinn und hieraus schöpften Sie das moralische Recht.

vom Staat unter allen Umständen eine hohe Vergütung für Ihre Aktien durchzubringen.

Hugenberg sucht damit abzulenken, daß ja erst der letzte Staat das Enteignungsrecht für Siedlungszwecke geschaffen habe, das es in allen Staat nur gegenüber den Polen gab. Berichterstatter: Er hat es aber nicht zur privaten Bereicherung einzelner geschaffen.

Die Erörterung kommt dann auf den Verkauf der Landbank, bei dem sich die Hugenberg-Gruppe für den geringen vom Staat bewilligten Preis bekanntlich dadurch schuldig gehalten hat, daß sie sich aus den Aktien der Landbank einzelne Wertobjekte, darunter die Aktien der Saarow-Pieslow-Landhausgesellschaft herausgeben ließ. Hugenberg sucht nachzuweisen, daß dieses Paket nur einen sehr geringen Wert gehabt habe. Berichterstatter: Sie haben es sich wahrscheinlich herausgeben lassen, weil Sie es für wertlos hielten. Ihr Direktor Paschte hatte das in der Bilanz mit 240 000 Mark aktivierte Paket sogar noch kurze Zeit vorher mit 800 000 Mark bewertet.

Zeuge Hugenberg: Ich möchte an den Berichterstatter die Frage richten, worin er eigentlich eine Schädigung des Fiskus sieht.

Berichterstatter: Ich erblicke sie darin, daß der

Staat für die Aktien, die im Augenblick des Antrags auf Geschäftsaussicht wertlos waren, hat zahlen, bzw. sich eine Minderung der Substanz hat gefallen lassen müssen.

Ebenso sind die Aktionäre und Obligationen gläubiger der Landbank geschädigt worden. Der Aufsichtsratsvorsitzende hugenberg sagte ihnen: „Ihr müßt die Herausnahme der Aktien hingenommen lassen, weil wir in einer Zwangslage sind.“ Er verschwieg aber, daß diese Zwangslage verursacht war von dem Majoritätsbesitzer Hugenberg, der mit der Sturheit, deren er sich ja selber rühmt, sich weigerte, sein Paket an den Staat abzugeben, falls dieser sich nicht den Bedingungen Hugenberg's beugte.

Hugenberg: Der Staat hat mit nur 1 Mark für die Aktie. Das war eine Erpressung. Mir war klar geworden, daß ich ihm einen Biß hinwerfen mußte, indem ich hier auf seine Sozialisierungsbestrebungen einging.

Berichterstatter: Die Sozialisierung der Pleite überläßt jeder Privatkapitalist dem Staate gern.

Hugenberg bleibt dabei, daß der Staat ihn erpreßt habe.

Berichterstatter: Man kann die Sache auch genau umgekehrt ansehen. Sie wußten sehr wohl, daß der Staat auf alle Fälle für die schuldlosen Siedler eintreten müßte. Ich will nicht den Ausdruck Erpressung gebrauchen, da mir

gewisse Dinge im Wejen des kapitalistischen Systems

zu liegen scheinen. Aber wenn Sie, Herr Zeuge, mit solcher Hartnäckigkeit noch im Zeitpunkt des drohenden Konkurses auf einer Bezahlung Ihrer Aktien bestanden, so war Ihr Druckmittel das Bewußtsein: Der Staat muß ja doch eingreifen um der Siedler, um des öffentlichen Interesses willen.

Hugenberg: Ich hatte doch ein moralisches Recht. Es staken doch Werte in der Landbank.

Berichterstatter: Wenn Werte, wie in diesem Falle, nur durch Reulnvestierung von Millionenbeiträgen gerettet bzw. realisiert werden können, so sind sie eben keine Werte. Höchstens für den, der das neue Kapital wagt. Und Sie hatten ausdrücklich jede Rettung durch Ihren Konzern abgelehnt.

Hugenberg: Finden Sie es denn anständig vom Staat, daß er den kleinen Aktionären nun auch noch die Aufwertung ihrer ohnehin zum größten Teil verlorenen Kapitalien vorantreiben hat?

Berichterstatter: Ich finde das genau so anständig oder unanständig, wie Ihr Verhalten bei den verschiedenen Sanierungen, wo Sie sich auch auf Kosten der alten Aktionäre den größten Teil der Substanz angeeignet haben. Mit Moral hat das m. E. nichts zu tun, das sind kapitalistische Gesetzmäßigkeiten.

Hugenberg: Sie stehen als Sozialist freilich auf dem Standpunkt: Was man dem Einzelnen zugunsten des Staates abnehmen kann, solle man ihm abnehmen.

Berichterstatter: Dann ist der Standpunkt des Privatkapitalismus: Was man dem Einzelnen abnehmen kann, soll man ihm abnehmen und in die eigene Tasche stecken.

Hugenberg: Der Verlauf der Debatte zeigt, daß es sich hier lediglich um politische Werturteile handelt.

Berichterstatter: Für mich handelt es sich um ein rein wirtschaftliches Urteil, ob der von Ihnen geforderte Aktienpreis berechtigt war.

Ist Ihnen bekannt, daß die Blätter Ihres Konzerns, als der Staat Ihre Preisforderung abgelehnt hatte, das Ministerium mit den unglaublichsten Verdächtigungen angegriffen haben?

Hugenberg: Ich bin mit dem Sinne der Artikel durchaus einverstanden gewesen.

Berichterstatter: Es ist Ihnen also nicht der Gedanke gekommen, daß man diese Artikel, die von unwahren Behauptungen strotzten, auch auffassen kann als politische Druckmittel, um das mißglückte private Geschäft auf anderem Wege durchzusetzen. Ich meine hier das, was Ihr Vorgänger im Vorsth der Deutschnationalen Partei, der verlorbene Helfferich, einmal als Verquickung geschäftlicher und politischer Interessen beurteilt hat.

Hugenberg: Davon kann keine Rede sein.

Der deutschnationalen Abgeordnete Koennicke, der in diesem Ausschuß den schuldlosen Hugenberg's milt, stellt darauf an seinen Reiter eine Anzahl Fragen, deren Beantwortung eigentlich schon durch die Fragestellung gegeben ist. Um 12 Uhr ist die Vernehmung Hugenberg's beendet, der Zeuge wird entlassen.

Kein triumphaler Abgang. Etwas peinlich lange, länger als es sein Format verträgt, hat Herr Hugenberg im grellen Licht der Öffentlichkeit gestanden und sein privatkapitalistisches Herz enthüllt. Hinter ihm ein leises Raunen: „Das war der Führer, das war der Mann von Format!“ Wer ihn noch nicht kannte, ist bodenlos verwundert. Keine Spur von einem nationalen Heroen, eine muffige Kantorfigur. Ein Mann, dessen nationaler Glaube in der Einschauung kulminiert, daß ein kleines Geschäftchen, ein bißchen Spekulationsverdienst, wenn nicht gerade Räuberei und Betrug dabei ist, doch gestattet sein müsse. Ein Nationaler, der den Glauben des Allen Frigen, daß der liebe Gott immer mit den stärkeren Bakatillonen sei, dahin für sich umbiegt, daß Moral und Ethik immer dort sind, wo auch gut verdient wird. Im ganzen: ein Privatkapitalist!...

Freitag, 1. November. Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtags nahm am Dienstag einen Antrag an, wonach angeordnet werden soll, daß die öffentlichen Gebäude in Preußen am Volkstrauertag, den die Regierung bestimmt, halbmast zu schlagen haben. Von der Regierung wurde der Totensonntag als der geeignetste Tag bezeichnet und eine alsbaldige Regelung durch Gesetz oder Polizeiverordnung in Aussicht gestellt.

Ansturm zu den Massenkundgebungen.

Alle Säle überfüllt. — Begeisterte Kampfstimmung. — Zur Abwehr entschlossen.

Berlin stand gestern unter dem Zeichen der Massenkundgebungen, die von der Sozialdemokratischen Partei gegen die Harzburg-Braunschweiger Reaktion, gegen Inflation und Bürgerkrieg einberufen worden waren. In allen Stadtteilen strömte die Arbeiterbevölkerung in die Versammlungssäle, allzu oft mußte der Saal wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden, und mancher war gezwungen, unverrichteter Dinge nach Hause zu gehen. Männer und Frauen, jung und alt, Parteigenossen, Reichsbannerkameraden und Sympathisierende — alle in einer Front, um zu belunden, daß die Berliner Arbeiterschaft in Geschlossenheit gegen Hitler und Klagges, gegen Goebbels, Hugenberg und Schacht steht! Unsere Braunschweiger Genossen wurden in allen Versammlungen ganz besonders herzlich empfangen. Sie sollten die Gewißheit mit in die Heimat nehmen, daß das Berliner Proletariat zu ihnen steht und mit ihnen kämpft.

Schon etwa eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung mußte der Große Saal der Neuen Welt in der Hasenheide polizeilich gesperrt werden. Die Reußländer und Kreuzberger Freunde und Angehörigen der Sozialdemokratie wollten ihrem Willen Ausdruck geben, daß der Faschismus bei der Berliner Arbeiterbevölkerung keinerlei Aussichten auf Erfolg hat. Nach kurzen einleitenden Worten des Vorsitzenden, Genossen Harnisch, nahm Harnisch begrüßt.

Reichstagsabgeordneter Grofwohl-Braunschweig

das Wort. „Ihr Beifall, Genossen, gilt nicht mir, sondern ist eine Sympathieerklärung für die braunschweigische Arbeiterschaft in ihren schweren Kämpfen und harten Leiden. Wieder einmal steht Braunschweig auf vorgeschobenem Posten und das kleine Vöndchen ist Mittelpunkt des politischen Interesses. Die braunschweigische Arbeiterschaft ist in jahrzehntelangen Kämpfen erprobt, und sie ist der selbstbestimmten Ueberzeugung, daß, wenn auch die Kuroe im Augenblick nach unten weist, es wieder nach oben gehen wird. Braunschweig ist alter historischer Boden für die Arbeiterklasse. Hier lagte der Braunschweiger Ausschuß unter Bräde 1870 während des deutsch-französischen Krieges, und mit eisernen Ketten an Händen und Füßen wurden die Kämpfer der Arbeiterklasse nach der Festung Löben geschleppt. Der Geist des Kampfes ist ungebrochen. Das hat sich gezeigt seit dem Tage, da die Hiltlerischen Landstürmer mit dem nicht berücksichtigten als berühmten Herrn Franzén, zusammen mit dem rechtsstehenden Bürgertum, zu regieren begannen. Franzéns Karriere nahm ihren Anfang damit, daß er die preussische Polizei anshwindelte. Schon würde Loun, noch ein Mensch von ihm sprechen, wenn er nicht der Arbeiterklasse schwere Belastungen hinterlassen hätte.

Die Wohnzimmeln wurden von ihm um 7 Mark monatlich erhöht. Sieben neue Steuern, bei denen der Besitz gespart und die Arbeiterklasse belastet wird, sind eingeführt worden.

Die Kulturreaktion wütel. Nach der Entlassung der dissidentischen Lehrer, nach der Erhöhung der Klassenfrequenz, nach der Einstampfung von Schulbüchern kamen die 22% Jahre Gefängnis, die über die freigeitigen Eltern verhängt wurden. (Pfeife.)

Jetzt hat Herr Klagges nach dem blutigen Sonntag die letzte Weisheit darin gefunden, unser Parteiblatt, weil es die Wahrheit schrieb, zu verbieten. Es haben in Braunschweig Straßenkämpfe stattgefunden. Mag Herr Klagges es auch

abstreiten wollen, uns stehen Berge von eidesstattlichen Versicherungen zur Verfügung. Hunderte von Fenster Scheiben sind eingeschlagen worden. Und wenn Herr Groener uns statt des Reichswehrkommandeurs angehört hätte, hätte er wohl ein anderes Bild bekommen. Man ist über Frauen hergefallen, hat sie an den Haaren gerissen und mit Stuhlbelnen und Gummihäpeln niedergeschlagen. (Stürmische Pfeife.) Passanten sind niedergebaut, und man rief ihnen zu: „Hund heb deine Knochen auf. Du bist auch einer von der Kommune.“ (Neue Empörung.) Drei Tote sind zu beklagen und neben den 70 Schwerverletzten haben noch Hunderte eigene Hilfe angewandt. Beim Mord an dem parteilosen Arbeiter Fischer, der weder Kommunist, noch Sozialdemokrat, noch Reichsbannermann war, wurde geschrien:

„Laß das Schwein vorreden. Stoß ihn in die Gasse.“

(Der Versammlung bemächtigt sich eine immer steigende Empörung.) In den Arbeiterstraßen wehrten sich die einzelnen Männer verzweifelt gegen die Haufen von SA-Weiten, die mit Steinen, Latzen und Köhren vorgingen. Kinderwagen waren umgefallen, Frauen fielen in Ohnmacht, Verletzte lagen am Straßenrand. Wie soll ein Straßenkampf anders aussehen? Halten die Ueberfälle und der Terror an, dann ist die Braunschweiger Arbeiterschaft rechtlos und vogelfrei. Herr Klagges verbietet alles. Alle Kundgebungen der Arbeiterschaft bis zu den Kinderfreunden, Verbot, Verbot, Verbot ist seine Regierungsunst. Wenn nicht der friedliche Braunschweiger Arbeiter endlich den Schutz der gesetzlichen Organe des Staates erhält, dann wird über ihn jene Stimmung kommen, die in der Bibel ihren Niederschlag in den Worten findet: Auge um Auge, Zahn um Zahn. (Stürmische Zustimmung.) Die Braunschweiger Arbeiterschaft denkt nicht daran, sich zerschmettern zu lassen. Wenn Terror und Vergewaltigung anhalten, wenn die Mordandrohungen, die selbst in offener Parlamentsitzung erhoben werden, fortbauern, wenn die Nationalsozialisten in ihren Zeitungen „Gefindel, Banditen, Ungeziefer und morselichen Mob“ nennen, so geben wir das heilige Gelöbnis ab, Braunschweig war rot und wird wieder rot! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Tragödie im Walde.

Mutter erschießt ihr Kind / Nach der Tat Selbstmordversuch

Im Forst zwischen Pichtenrade und Mahlow spielte sich gestern eine erschütternde Tragödie ab. Die 23 Jahre alte Elfriede Ruchig tötete ihren fünfjährigen Sohn durch einen Kopfschuß und richtete dann die Waffe gegen sich selbst.

Das Mädchen war bei einem Gastwirt in der Reihstraße in Berlin bejährt. Ihr Kind hätte sie bei Bekannten in Pflege gegeben. Gestern nachmittag fuhr Elfriede R. mit dem Jungen nach Mahlow hinaus. Ihren Bekannten hatte sie erzählt, daß sie einen Ausflug unternehmen wolle. Bewohner aus Mahlow sahen die Frau mit dem Kinde am Rande des Waldes spielen. Gegen 19 Uhr wurde die Frau an Chausseegraben etwa einen Kilometer von Mahlow entfernt von Landarbeitern in einer Blulache wimmernd aufgefunden. Man schaffte die Schwerverletzte, die einen Schädelbruch hatte, ins nächste Krankenhaus, wo sie kurze Zeit zur Besinnung kam und angab, daß sie ihr Söhnchen am Rande einer Schöpfung erschossen habe. Als der Landjägermeister nachforschte, entdeckte er die kleine Leiche an der bezeichneten Stelle. Das Motiv der furchtbaren Tragödie ist noch Gegenstand der kriminalpolizeilichen Ermittlungen.

Als zweiter Redner sprach Genosse Kurt Heinig-Berlin. Er gab eine tiefgründige Unteruchung über die wirtschaftlichen Hintergründe der nationalsozialistischen Bewegung. Der Nationalkapitalismus, der Klassenbogenfreiheit haben will, bemüht Hitler und seine Leute als die gelbe Bewegung. Daneben sind Hitler Mittelstand und Bürgerthum gefolgt, die nicht vergessen können, daß ihre gesellschaftliche Stellung vor dem Kriege über der des Proletariats war. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus ist ein Stück aus dem großen Klassenkampf, den wir führen. Wir werden ihn durchführen und wir werden ihn siegreich bestehen. Auch Genosse Heinig erntete reichen Beifall. Genosse Harnisch schloß die Kundgebung mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Ansturm in Charlottenburg.

Im Türkischen Zelt fand die Versammlung des Kreises Charlottenburg statt, die so gut besucht war, daß der Saal polizeilich gesperrt werden mußte. Genosse Dittmann schilderte in anschaulicher Weise die Regierungsmethoden in Braunschweig, wo die Arbeiterklasse den Willkürakten der Nazihorden schutzlos ausgeliefert ist. Die Fehlspekulationen des Kapitalismus haben die in der Ueberbrationalisierung erzeugten Waren nicht dem Inlande durch Preisentzug zugute kommen lassen, sondern sie verhindern mit allen Mitteln die von uns angestrebte Planmäßigkeit. Die Arbeiterklasse wird von jenen Skrupellosen ausgenutzt, und daher ist es unsere Aufgabe und äußerste Pflicht, uns schützend vor die Interessen der Arbeiter zu stellen und die Gegner zurückzudrängen, soweit es in unseren Kräften steht. Wir spielen nicht mit dem Bürgerkrieg, sondern werden Gewalt gegen Gewalt setzen. Als nächster Redner sprach der Braunschweiger Genosse Reinswitt, der den Terror der Nazibanden anschaulich schilderte, der selber wieder Arbeiterblut gefordert hat. Der Kreisvorsitzende dankte dem Braunschweiger Genossen für die überbrachten Grüße und schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie.

Saalbau Friedrichshain auch zu klein.

Der Saalbau Friedrichshain war schon bald nach 7 Uhr besetzt und wurde vor Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt. Als erster Redner führte Genosse Junke-Braunschweig aus: Die politischen Kämpfe im Lande Braunschweig standen schon immer auf des Messers Schneide. Braunschweig mit seiner alten parteihistorischen Vergangenheit ist in den letzten Wochen von Nazis überfchwemmt worden. Der 14. September holte auch in Braunschweig zu einem Anwaschen der Braunbenden geführt. Der Wahlkampf wurde unter der Parole geführt: „Kampf dem Marginalismus und Senkung der Steuern.“ Nachdem wurden unter Franzen sieben neue Steuern eingeführt und als Folge die Wohnungsmieten um 7 Mark erhöht. Braunschweig war vorbildlich auf dem Gebiet des Schulwesens. Hier lagte die Reaktion in einer Weise ein, daß es zu einem Proteststreik der Eltern kam. Die Eltern wurden mit 2 1/2 Jahren Gefängnis bestraft. Der Redner appellierte an Herrn Groener, hören Sie nicht nur auf die, die mit Ihnen gefühlsmäßig sympathisieren, hören Sie auch auf die, die Zeugen dieses Treibens waren. Wir in Braunschweig, sagte Genosse Junke, sind rechtlos. Gewalt und Brutalität triumphiert. Erst gestern wurde uns ein Flugblatt beschlagnahmt, das sich gegen die hohen Gehälter wendet und zeigt, wo gespart werden kann.

Nachdem sich der stürmische Beifall für den Genossen Junke gelegt hatte, nahm Genosse Franz Künzler-Berlin das Wort: Die ganze Welt ist in Aufruhr. Es vollzieht sich



Er begleitete sie zur Tür, wie wenn das so sein müßte. Dann setzte er sich wieder an seinen Schreibtisch und nahm die Anschaffungsliste, die er gearbeitet hatte, zur Hand, um sie weiterzuführen. Aber seine Gedanken waren nicht bei seiner Arbeit. Er stand auf und ging mehrere Male im Zimmer auf und ab. Dann drückte er auf die Klingel.

„Bestellen Sie doch bitte Herrn Ulfamer, er möchte sich in der Pause zu mir bemühen, sagte er zu dem eintretenden Schuldiener.

Dann setzte er sich wieder an seinen Schreibtisch und nahm die Liste zur Hand. Aber da kam ihm plötzlich zum Bewußtsein, daß er soeben das seltsamste Erlebnis seiner dreißigjährigen Schulzeit gehabt hatte.

Die Jahre gehen dahin. Die fliehen nicht langsam und stockend, sie lasten und bedrücken nicht. Niemals hat Germaine den Wunsch empfunden, die Stunden möchten eilen, die Schulzeit möchte rascher zu Ende gehen, und sie selbst möchte älter, selbständiger, freier werden. Sie nimmt die Tage, die Wochen, die Monate so entgegen, wie sie sind, mit einem tief innerlichen Bewußtsein, daß alles so und nicht anders sein muß, daß alles, was ist, so und nicht anders zu ihr und zu ihrem Leben gehört.

Sie kennt nicht die quälende Sorge der materiellen Not, die auch starke Menschen langsam zerbrechen kann, für sie ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der Vater ihr alle Bücher kauft, die sie gern haben möchte, daß sie reifen darf, daß sie jede Woche ihr Taschengeld bekommt, ohne darum zu bitten. Auch die Begrenztheit und Beschränkung der kleinen Stadt ist ihr noch nicht zum Bewußtsein gekommen, das Alltägliche und Kleinliche, das Eingeengt und Pflüsterhafte. Sie hat bis jetzt nur die Schönheit ihrer Heimat gesehen und erlebt, und sie genießt den Schutz und das Wohlbehütete ihrer Umgebung wie ein Geschenk, das unsichtbare, geheimnisvolle Mächte ihr immer von neuem spenden.

Es gibt so unendlich viele Freuden in dieser Jugend. Eine reicht der anderen die Hand, eine sucht die andere zu übertreffen an Glanz, an Tiefe, an Frohsinn. Da ist der kleine Bruder, der jählich an ihr hängt, der Tag um Tag wartend an der Gartentür steht oder ihr entgegenläuft, sobald die Schule zu Ende ist. An den freien Nachmittagen suchen sie Kaulquappen und waten barfuß im Schlamm der kleinen Tümpel, oder sie toben um das alte Stadttor.

Manchmal sitzen sie auch zusammen auf der Wiese am Abhang des Waldberges, und Germaine liest unermüdlich Geschichten, glühende, bunte Schilderungen aus fernen Ländern, aus Dschungel und Wüste, aus Urwäldern und Sumpfgelbiet. Dann ruht der Kleine mit dem Kopf in ihrem Schoß und hat die Augen geschlossen, und nur das Kommen und Gehen der Blutwellen, die sich unter der zarten Haut abheben, zeigt, wie gefangen und erlöst er ist von dieser fernen Welt. Er ist ein etwas empfindliches, nervöses Kind, und Germaine überschlägt mehr als einmal die eine und die andere Stelle, um ihn nicht zu sehr aufzuregen.

Aber sie kann es nicht verhindern, daß an den Sonn- und Feiertagen die Glocken der Kirchen in einem mächtigen Brausen zusammenklingen, und daß der Kleine dann jedesmal blaß wird und sich die Ohren zuhält. Er kann auch den vollen Ton des Flügels im Musikzimmer nicht recht ertragen. Germaine sieht mehr als einmal, wie er unruhig wird und hinausläuft. Nur wenn Kammermusik gespielt wird, wenn die Herren vom Trio oder vom Quartett zum Vater kommen, wenn Bioline, Viola und Cello durch den Raum tönen, während der Klavierpart sich sanft und gedämpft ihrem Gesang anschmiegt, dann sitzt der kleine blonde Junge still und mit weit geöffneten, glücklichen Augen in einer Ecke.

Aber die schönsten Stunden bringen die Tage vor den Ferien. Da sitzen die Geschwister tief gebengt über Atlas und Weltatlas und werden nicht müde, sich die bevorstehende Reise auszumalen. Und dann sitzen sie eng nebeneinander im Zug, und draußen fliegen rotblühende Heideblühen und reife Kornfelder. Mächtige Berglandschaften und zart duftende Wiesen vorbei. Bis die Landschaft immer ernster und einseitiger wird, bis schwarzbraunes, fruchtbares Marschland sich aufstaut, und in der Ferne ein gewaltiger, dunkler Streifen sich zeigt: das Meer.

Oder sie fahren durch geheimnisvolle Tunnels, in immer erneuten Windungen, durch Wälder und Berge, vorüber an uralten, erschauerten Vulkanen, bis endlich ein Märchenland sich aufstaut: Schneebefleckte Höhen und grüne Almen, reichende

Berggibbähe und tiefe Schluchten. Und sie gleiten weiter, längst ist die Nacht hereingebrochen, und noch immer sind sie nicht am Ziel. Bis sie sich endlich am Ufer eines leuchtend blauen Meeres wiederfinden, unter dem Glanz einer südlichen Sonne, im Schatten hoher Pinien und breitästiger Delbäume.

Ja, diese Jugend ist ein Paradies, ein herrlicher Traum, der immer neu geträumt wird, ein Rausch, der kein Ende nimmt. Auch die Schule mit ihren kleinen Aufregungen, ihren Enttäuschungen, ihren Ungewissheiten tritt immer erneut zurück vor der Gewalt dieser Blütsströme, die Wirklichkeiten sind. Man verbringt täglich fünf Stunden in ihren Tahlen, unfreundlichen Räumen, aber was bedeuten diese Stunden, an dem gemessenen, was die freien Nachmittage an Schönheit, an Erkenntnis, an Frohsinn bieten.

Was der Vormittag brachte, das versinkt, wenn Germaine im Arbeitszimmer des Vaters sitzt, wenn sie mit ihm die Briefe der Frau Savigne liest, wenn sie die Deutschlandreise der Frau von Staël erlebt, wenn sie die scharf geschliffenen Sätzen La Rochfoucaulds und die Blaudereien Montaignes in sich aufnimmt. Das ist eine andere Welt, ein tief innerlich vertrautes, heimatisches Land, eine Geisteshaltung, deren Verwandtschaft sie abend begreift, obwohl sie den Jahren nach noch ein Kind ist.

Ja, das ist eine andere Welt der Seele und des Geistes, durch einen unüberbrückbaren Abgrund getrennt von dem, was der Lehrer des Französischen in der Schule zu geben hat. Zwar führt auch er seine Schüler von Jahr zu Jahr tiefer in die Literatur des Landes ein, dessen Grenze wenige Kilometer von der kleinen Stadt entfernt vorbeiläuft, das sich weit in der Ferne ausbreitet und dessen Türme bei klarem Wetter hinaufgrünen zu den hochragenden Bergen an anderen Ufer des Stromes. Aber er unterstreicht das Trennende, das Unterscheidende, während der Vater das Gemeinliche betont, die gleichartigen, gleichwirkenden Kräfte der Seele, die Mensch und Mensch zusammenschließen, ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volke.

Germaine liebt das Maßvolle, das Behaltene, das ästhetisch Schöne, das Elegante, das Schwebende dieser Kultur, ohne sich bewußt darüber klar zu sein. Sie weiß nur, daß ihr Herz jedesmal stark und freudig klopf, wenn der Vater den Arm um sie legt und seinen „besten Kameraden“, wie er sie dann nennt, zu seiner Bibliothek führt.

(Fortsetzung folgt.)

eine weltwirtschaftliche Revolution im höchsten Ausmaß. Seit Juli haben sich 23 Parteien von der Goldwährung losgelöst. Es ist Volksbeitrag, einzelne Personen oder Parteien für den Zusammenbruch des Kapitalismus verantwortlich zu machen. Adolf Hitler ist nichts anderes als der Popanz der Schwerindustriellen und der Erpresser.

Beim Böhnungsappell in Braunschweig wurden 8 Mark pro Tag ausgezahlt. Die Schwerindustrie hat es ja dazu. Als der ermordete Arbeiter Fischer auf der Bahre lag, kam ein Nazimann in Uniform, um ihm sein Beileid zu bekunden. Es war sein eigener Bruder, der zur Bekämpfung des Marxismus aus Düsseldorf gekommen war. Hitler, Fried und Stühr haben in den letzten Tagen den Bürgerkrieg angekündigt. Die deutschen Proletarier, die durch die Schule der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegangen sind, werden, wenn es sein muß, mit diesen Heimkriegeren fertig werden. Wir müssen bereit sein, unsere Klasseninteressen mit allen Mitteln zu verteidigen. (Lebhafte Beifall.) Der Vorsitzende, Genosse Buchmann, erklärte zum Schluß, die Zeit zum Diskutieren ist jetzt vorbei. Es gilt für uns als Sozialdemokraten, Bekennern mit zu zeigen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die musterhafte verkaufene Versammlung.

Überfüllte Kundgebung in Lichtenberg.

In der überfüllten Versammlung im Reform-Realgymnasium in Lichtenberg sprach zunächst die Genossin Luchacz: Zwei Fronten stehen sich in erbittertem Kampfe gegenüber, einmal die in der Partei und in den Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterschaft und zum anderen die von verschiedenen Gruppen gebildete sogenannte „Front von Harzburg“. In Braunschweig hat diese Front ein kleines Schulbeispiel gegeben, wie sie bei einer Nachtregression auftreten würde. In der Front von Harzburg finden wir auf der einen Seite die Industrie, die kapitalistischen Interessengruppen, auf der anderen Seite die sich sozialistisch gebärdende Garde Hitlers, auf die — fein ausgeklügelt — die „Front“ nicht verzichten kann. Wir wissen, daß es diesen Leuten nicht nur um die Macht im Reiche geht, sondern vor allem um die Macht in Preußen, nach dem Grundgesetz, daß mit der Erhebung der Polizeigewalt auch die staatliche Macht erobert würde. Krieg, Inflation, Not und Elend wären die Folgen, wenn die Herrschaften von Braunschweig und Harzburg an die Macht kämen!

Anschließend schilderte Genosse Junke, Braunschweig die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Braunschweig von der Herrschaft Franzens bis zu Herrn Klagges, unter dessen Herrschaft sich die letzten Schandthaten ereigneten, die Junke ausführlich darstellte. Wenn Herr Klagges meint, mit seinen Maßnahmen die Arbeiterschaft klein kriegen zu können, dann kennt Herr Klagges die Braunschweiger Arbeiterschaft nicht. Die Braunschweiger Arbeiterschaft ist geschult und diszipliniert und kein zusammengelaufener Landstreichershaufen. Wir haben vor uns das Ziel des Sozialismus, für dieses Ziel haben wir gedurft und gehungert, und wir sind bereit, dafür auch unser Leben einzusetzen. Wir können von Braunschweig aus nur eine Mahnung aussprechen: Seid einig! Wenn ihr den Gedanken der Solidarität hochhaltet, dann mögen sie gegen uns anzukämpfen! Wir werden zeigen, daß wir im Kampf um unser Endziel treu zusammenstehen und es deshalb auch erreichen!

Glänzender Verlauf in Schöneberg.

Die Schöneberger Versammlung in der Aula der Hohenzollern-Oberrealschule mußte wegen Überfüllung polizeilich geschlossen werden. Schließlich gelang es, bei geöffneten Türen, unter Zuhilfenahme des Vorkurses, den Raum so zu vergrößern, daß viele der Späterkommenden den Worten des Referenten, Genossen Heilmann, folgen konnten. Der Referent führte aus: Wenn man irgendeinen Bürgerlichen nach der Schuld an der Krise in Deutschland frage, so würde man unfehlbar als Antwort bekommen, daß das „System“ (Erfüllungspolitik, Korruption, Marxismus oder die Sozialdemokratie) die Schuld daran habe. Ähnliches hätten auch die Konservativen in England gedacht, denn nach ihrem Sieg bei den letzten Wahlen kam es an der Londoner Börse zu einer großen Hausse. Aber schon nach drei Tagen war der Ragenhammer da und mit ihm die fortschreitende Krise. Kehtliche Weisheiten verapfete der Großindustrielle Frig Thyssen bei Vorträgen, die er auf seiner Reise in Amerika hielt, Deutschland sei in Not, weil es ein Verjüngungsstadium geworden sei. Die Arbeitslosenversicherung, Sozialkassen usw. machten eine Befundung der Wirtschaft unmöglich. Die Amerikaner mögen erkannt gefrag haben, woher denn ihre Krise kommt. Wohin man blickt in der Welt, überall daselbe Bild. Auch in sächsischen Italien, wo nach dem Ausbruch Russosinis Löhne und Gehälter auf den tiefsten Punkt gesunken sind, ist keine Befundung der Wirtschaft erfolgt. Der Referent ging dann noch auf die Verhältnisse in den südamerikanischen Ländern ein und kam dann auf die Gründe der Wirtschaftskrise zu sprechen, die in der kapitalistischen Entwicklung, im Wechsel zwischen Konjunktur und Krise, begründet wird. Er schloß mit den Worten: Die Sozialdemokratie wird alles tun, um die Nachtregression durch die Hitler-Horden zu verhindern. Nach Heilmann sprach noch der Genosse Grotewohl, Braunschweig. Beide Referenten fanden stürmischen Beifall. Kampflieder der Arbeiterjugend hatten die Kundgebung eingeleitet.

Im Moabiter Gesellschaftshaus

In der Willestrasse sprach vor überfülltem Saale Genosse Bartels aus Braunschweig, der in zündenden Worten die Einmütigkeit der Arbeiterschaft in der Abwehr des Nazibüchens schilderte. Brauender Beifall dankte dem Treuegebüden, das Bartels im Namen der braunschweigischen Genossen übermittelte.

Genosse Litke legte sodann die nationalsozialistische Politik und ihre wirklichen Hintergründe offen; in ihrer außenpolitischen Wirkung habe das Anschwellen der Hitler-Bewegung geradezu katastrophal gewirkt. Verhängnisvoll wirkt sich die nationalsozialistische Politik auch innerpolitisch aus. Er zeigte das wahre Gesicht des Hitler-Faschismus auf, der nichts anderes sein will als die Schutztruppe der verachteten Industrie und des Kapitalismus. Ihm entgegen steht die internationale Verbundenheit des Proletariats.

Empörung der Weddinger Arbeiter.

Am dicht besetzten großen Saal des Ewinemünder Gesellschaftshauses, das schon vor Beginn polizeilich gesperrt werden mußte, sprach die Genossin Gertrud Hanna, M. d. L., zu den Arbeitern des roten Wedding. Sie geißelte das Verhalten der Kommunisten, die zum Volksentscheid eine Einheitsfront mit der nationalen Opposition gebildet haben. Mit derselben nationalen Opposition, die in Harzburg ihr wahres Gesicht gezeigt hat. War Harzburg nur der Ort der großen Reden, so haben die Nazis in Braunschweig eine kleine Kostprobe ihrer Talen. Jedem klensensbewußten Werktätigen muß es nunmehr klar geworden sein, was ein faschistisches Regime in Deutschland bedeuten würde. Das zu verhindern ist Aufgabe der Sozialdemokratie.

Über die weiteren Versammlungen, die gleichfalls alle einen glänzenden Verlauf nahmen, berichten wir im Abendblatt.

Brüder Saß — große Schweiger

Die bewährte Taktik wird wieder angewandt.

Wieder einmal machen die alten Schwereindöter der Berliner Kriminalpolizei, die Brüder Erich und Franz Saß, von sich reden. Am Freitag voriger Woche wurden beide, wie bereits im gestrigen „Abend“ kurz berichtet, auf der Straße von Kriminalbeamten unter dem Verdacht der Falschmünzerei festgenommen.

Vorläufig hielten sich beide in Schweigen und es ist nichts aus ihnen herauszubekommen. Mit dieser Taktik ist es ihnen bisher immer gelungen, trotz schwerwiegender Verdachtsmomente, straffrei auszugehen. Wie der Fall diesmal bei den Brüdern Saß enden wird, ist noch fraglich, da ihnen Falschmünzerei direkt nicht nachgewiesen werden kann und das Auffinden des vermeintlichen Falschmünzengerätes vermutlich allein zu ihrer Verurteilung kaum ausreichen dürfte. So ist auch der Ausgang dieses Verfahrens recht zweifelhaft.

Kußer den beschlagnahmten Utensilien sind in der Wohnung der Saß in der Birkenstraße in Moabit ein nachgemachter Anwalts- und ein Notariatsstempel entdeckt worden. Welchen Zwecken diese Stempel dienen sollten, wird bei der Verschlossenheit der Verdächtigen schwer geklärt werden können. Durch den vom Unter-

suchungsrichter erlassenen Haftbefehl ist entschieden worden, daß das Gericht die vorbereitenden Handlungen als strafbar ansieht. Die anfängliche Annahme, daß die Saß bereits falsche 10-Rentenmark-Scheine hergestellt und in Umlauf gebracht haben, hat sich nicht bestätigt.

Wie erinnerlich, erregte ein Bankraub am Bittenbergplatz im Januar 1920 großes Aufsehen. Eine Bande grub sich in tagelanger angestrengter Arbeit einen Stollen, drang in den Tresorraum der Disconto-Gesellschaft ein und erbeutete Millionen. Die Brüder Saß sollten die Tat begangen haben. Es war ihnen aber nichts nachzuweisen und schließlich mußte man sie aus der Haft entlassen. Genau ein Jahr später, im Januar 1920, wurde auf dem Schulgrundstück in der Cauerstraße, das an einen Friedhof grenzt, ein unterirdischer Stollen entdeckt. Als sich Kriminalbeamte nachtschlicherweise auf die Cauer legten, sahen sie die Stollengräber herankommen. Durch eine Unvorsichtigkeit wurden die Männer gewarnt und ergriffen die Flucht. Die Beamten glaubten deutlich einen der Brüder Saß erkannt zu haben. Wieder einige Zeit später konnten die Saß bei „Schachtarbeiten“ im Keller des Hauses Flemingstraße 1 überführt werden. Auch der Zweck dieses Vorganges konnte wie die anderen Fälle nie geklärt werden.

Kraft und Licht.

Die Bewag berichtet. — 10 Proz. Dividende. — Strompreis muß runter!

Unter Vorsitz von Bürgermeister Eißas fand gestern die Bilanzierung der Berliner Kraft- und Lichtstiftungsgesellschaft für das erste Geschäftsjahr vom 1. Mai 1930 bis 30. Juni 1931 statt. Es wurde beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, auf die Aktien von nom. 500 M. einen Betrag von 5,75 M. zu zahlen, und zwar einheitlich für die Stammaktien der Gruppe A und B. Dies entspricht einer zehnprozentigen Dividende. Die Generalversammlung der Gesellschaft wird zum 2. Dezember 1931 einberufen.

Das Jahrbuch 1930 der Verkehrsdirection der Bewag gibt eine große Anzahl interessanter Einzelheiten aus der Tätigkeit der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A. G.

Im Jahre 1930 trat erstmalig in der Geschichte der Bewag ein Rückgang der verkauften Kilowattstunden ein, und zwar in Höhe von 2,5 Proz. gegenüber dem Vorjahre. Diese Abnahmehemmung ist die unmittelbare Folge des Niedergangs im deutschen Wirtschaftsleben. Die Zahl der Abnehmer ist weiter angestiegen und zwar waren Ende 1930 rund 950 000 Zähler angeschlossen, das sind rund 12 Proz. mehr als Ende des Jahres 1929. Dieser Zugang kommt naturgemäß in erster Linie aus den Wohnungen. Es ist bekannt, daß gegenwärtig noch nicht 70 Proz. aller Wohnungen elektrischen Anschluß besitzen. Der Rest hat Gasbeleuchtung oder überhaupt keinen Anschluß an die Energienetze.

Es ist anzunehmen, daß Ende des Jahres 1931 rund 70 Proz. aller Berliner Wohnungen elektrischen Anschluß besitzen werden.

Die Wohnungsbellegerung ist bei dem gegenwärtigen Rückgang der industriellen Tätigkeit eins der wichtigsten Absehgebiete für die Elektrizitätswerke, das nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft ist. Dies läßt sich ohne weiteres erkennen, wenn man an Hand des Jahrbuches den durchschnittlichen Stromverbrauch je

Kopf der Bevölkerung in verschiedenen Großstädten miteinander vergleicht. Amerikanische Städte, dann weiter Schweizer und nordländische Städte weisen Zahlen auf, die z. T. sehr erheblich über den Berliner Ziffern liegen. Die Pflege des Wohnungsabsehers sollte deshalb ein ganz besonderes Aufgabengebiet der Bewag sein.

Eine Steigerung des Haushaltsenergieverbrauches kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn der Mehrerbrauch zu angemessenen Preisen geliefert wird. Der gegenwärtige Bewagtarif gibt diese Möglichkeit nicht.

da der Preis von 20 Pf. für die Kilowattstunde für verschiedene Anwendungsgebiete der Elektrizität im Haushalt zu hoch ist.

Man sollte daran denken, die Nachteile des jetzigen Grundgebührentarifs zu beseitigen. Die Grundgebühr, die in ihrer gegenwärtigen Form sich aus dem Anschlußwert der Anlage ergibt, hat oft zu Beschwerden Veranlassung gegeben. Bei Neuanschaffung von elektrischen Geräten kann der Fall eintreten, daß sich die Grundgebühr erhöht. Will man eine Abloschleistung in Haushalt etwa durch Anschaffung zusätzlicher Geräte erreichen, so muß dieser Abschlußfehler des Tarifs beseitigt werden, da natürlich eine Erhöhung der Grundgebühr keine Propaganda für den Anschluß neuer Stromverbrauchseinrichtungen ist.

In einer im Anschluß an die Bilanzierung stattgefundenen gemeinsamen Aufsichtsratsitzung der BKL und der Bewag wurden Vorschläge des Vorstandes über die Umgestaltung der Niederspannungstarife behandelt und dem Arbeitsausschuß und dem Bilanz- und Finanzausschuß zur weiteren Bearbeitung zugewiesen mit dem Auftrage, über die Einzelheiten das Einvernehmen mit der Stadt herbeizuführen.

Palais Ephraim Museum?

Feierstunde im Märkischen Museum.

In einem der ältesten Holzgefäßen Säle des Märkischen Museums versammelten sich die Freunde des Instituts zu einer Feierstunde. Bei Kerzenlicht, das uralte Kronleuchter spendeten, erklang Kammermusik von Beethoven und Max Reger, Serenaden für Flöte, Violine und Bratsche, die Rolf Ermeler, Gisela Scholz und Hans Schröder sanft und liebevoll behutsam zu schönster Wirkung brachten. Führende Köpfe des geistigen Berlin hatten sich eingefunden. Auch Max Liebermann war erschienen. Berlins Magistrat war neben dem Oberbürgermeister durch Bürgermeister Lange, Stadtrat Heuer und Stadtbaurat Adler vertreten.

Der Oberbürgermeister hielt nach einer Führung unter Leitung des Museumsdirektors Stengel eine kurze Ansprache, in der er wichtige Ausführungen über die Zukunft der städtischen Museen machte und in Aussicht stellte, daß die Stadt das schöne Ephraimische Palais, das längere Zeit von der Epigone bedroht war, als städtisches Museum umbauen will. Das Märkische Museum soll dann seinem äußeren Gesicht entsprechend im wesentlichen die Voraussetzungen und die Grundlagen der märkisch-berlinischen Kulturgeschichte in den älteren Phasen bis zum achtzehnten Jahrhundert beherbergen. Dagegen müßte das weitere Wachstum der Kultur des neunzehnten Jahrhunderts bis in die jüngste Gegenwart hinein in dem neuen Hause untergebracht werden.

Der Raubüberfall in Neukölln.

Die Suche nach den beiden Banditen, die am Montag den Raubüberfall auf den Berwoller Reumann verübten, hat bisher zu keinem Erfolge geführt. Wie wir noch erfahren, hatte der Berwoller in umfänglicher Weise Sicherungsmaßnahmen getroffen, um sich gegen einen etwaigen Überfall bei der herrschenden Unsicherheit zu schützen. Ein Bekannter wollte zur Zeit des Überfalls im Büro in der Steinbockstraße und ein weiterer befreundeter Mann kam gerade hinzu, als die Banditen das Geldfach austränten. Angesichts der drohend auf sie gerichteten Pistolen mußten die drei Männer wehrlos mit ansehen, wie die Räuber das Geld in einer Aktenmappe verstaute und sich aus dem Staube machten. Ein Widerstand wäre in jedem Falle nutzlos gewesen, denn die Verbrecher hätten zweifellos von der Waffe Gebrauch gemacht, was sie ja auf der Flucht hinreichend bewiesen, als sie auf ihre Verfolger zahlreiche Schüsse abfeuerten. Von seiten des Ueberfallenen wurde alles getan, um sofort die Polizei zu alarmieren. Der Vorprung der Banditen war aber zu groß, so daß sie entkommen konnten. Die Verfolger, darunter zwei Reichshamerleute, waren den beiden mehrmals bis auf 20 Schritt auf den Fersen. Sie mußten aber immer wieder Dedung suchen, da die Flüchtenden fortwährend schossen. Der Hund des Wächereibesitzers Gehrke, der den Ban-

diten nachsetzte, wurde in der Baumhulensstraße durch einen Schuß in den Schenkel ungeschädlich gemacht.

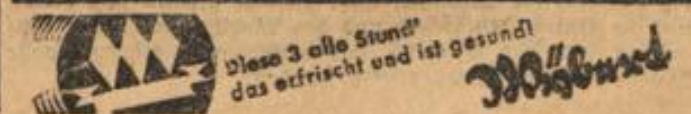
Schießwütiger am Alexanderplatz.

In der Neuen Königstraße gab gestern gegen 23 Uhr der 26jährige Kaufmann Arnold Hübner aus Küstria, der sich in Berlin zu Besuch aufhält, aus einem Trommelrevolver auf seine Begleiter, einen Mann und zwei Frauen, nach einem Wortwechsel mehrere Schüsse ab, die ihr Ziel verfehlten. Nachdem die Kammer des Trommelrevolvers leergeschossen waren, schloß er zum Alexanderplatz. Unterwegs zog er eine zweite Pistole und feuerte auf seine Verfolger. Ein Passant wurde durch einen Schuß verletzt. Der Mann konnte schließlich eingeholt und überwältigt werden.

Freude im Fröbelhaus.

In diesem Jahre hat man sich für die vorweihnachtlichen Spiel- und Bastelfestunden im Fröbelhaus etwas besonders Reizendes ausgedacht. „Oktobermesse in Pappstielhausen“ nennt sich der fröhliche Kummel; da gibt es einen naturgetreuen kleinstädtischen Markt- und Küchlein zu kaufen. Da steht der Bäcker und verfertigt knusprige, wohlriechende Plätzchen, Gevatter Schneider macht prima Puppengarderobe, der Blechschmied stanzt allerhand Nützliches und der fidele Malersmann konterfeit die ganze Gesellschaft mit viel Laune und Talent. Und was dabei das Schönste und Interessanteste ist, all das, was man hier bewundernd betrachtet, kann man sich in den Werkstätten für billiges Geld unter zünftiger Anleitung selbst herstellen. Für einen ganzen Sechser gibt es Wollfusseln oder Bast zum Besenbinden, Pappfarton für Buchbinderarbeiten, in der Backstube kriegt man einen fix und fertigen Kuchenriegel, der nur mit Korinten zu belegen, mit der Form auszustanzen und in den Backofen zu schieben ist.

Da sitzen denn auch all die Kleinen und Kleinsten Handwerker und unter liebevoller Anleitung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen wird der Pinsel geführt, die Puppengarderobe verfertigt, mit Hammer und Leimtopf, mit Bast und mit dem Holzbock hantiert. Im Ru ist ein kleines, flattes Kägelchen, aus Garrollenrädern und leeren Zündholzschachteln hergestellt, dort werden Miniaturausklopper und Schröder aus Bast und Wollfusseln verfertigt, hübsche Flechtarbeiten, Malereien, Klebereien und Sauten erstehen. Die kleine Gesellschaft unterhält sich großartig dabei, mit hochgeröteten Wangen und funkelnnden Augen ist alles bei der Sache. Spiel und Anregung sind hier in geschickter Weise verknüpft und die Welt des Kindes eingeordnet in die große Wirklichkeit.



Schicksal im Februar 1932!

7-8 Milliarden Stillhaltungskredite werden fällig. — Die Umschuldungspläne.

Der erste Gegenstand der Beratungen des Wirtschaftsrats ist die im Februar 1932 endende Stillhaltung des Auslandes für die kurzfristigen Kredite. Die Stillhaltungsfrage ist die zentrale Frage für die nächste Zukunft nicht bloß Deutschlands, sondern der Weltwirtschaft überhaupt.

Wenn gerade jetzt die Sorge um das Schicksal der vorläufig noch durch das Stillhalteabkommen geschützten Auslandskredite besonders aktuell geworden ist, so liegt das an dem unbefriedigenden Ergebnis der französisch-amerikanischen Verhandlungen. Es wurde zwar in Washington vereinbart, daß beide Länder an der Goldwährung festhalten, und offenbar wurde Amerika diese Zusage dadurch erleichtert, daß Frankreich für Kredite an Amerika in bestimmter Höhe stillhält. Aber alle weitergehenden europäischen Hoffnungen, daß man bei den Washingtoner Verhandlungen die Grundlage für eine gemeinsame Politik der Konsolidierung und des Ausbaues der internationalen Kredite legen werde, sind gescheitert.

Schon im Sommer dieses Jahres waren die Gläubiger Deutschlands schwer dazu zu bringen, sich mit einer kurzfristigen Stundung ihrer Forderungen einverstanden zu erklären. Und der Pfundsturz in England, die kritische Währungssituation, die vor einigen Wochen Amerika durchmachte, machen das auch rücksehend verständlich. Die Gläubigerländer wurden gerade durch ihr Stillhalten in eine bedrohliche Lage gebracht.

Wenn bis Ende Februar 1932 nicht eine große internationale Kreditaktion zustande kommt oder wenigstens auf dem Marktzug, wird die Bereitwilligkeit der Gläubiger Deutschlands, weiter stillzuhalten, nicht groß sein. Da Deutschland im Februar 1932 nicht entfernt sämtliche Verbindlichkeiten zurückzahlen kann, wäre eine neue schwere internationale Vertrauenserschütterung unvermeidlich.

Das macht das Austauschen einer ganzen Reihe von Lösungsvorschlägen in Deutschland und im Ausland begreiflich. Der bekannteste deutsche Plan stammt von Heinrich Schmitz (D.G. Farben und Wirtschaftsbeirat), der bekannteste ausländische Plan von dem Franzosen Franqui.

Schmitz hat eigentlich zwei Pläne entworfen. Beiden Plänen gemeinsam ist die Ablösung eines großen Teils der kurzfristigen Auslandskredite durch Bonds, die von der Bank für internationale Zahlungen (B.I.Z.) ausgegeben werden. Die B.I.Z. stellt die Bonds den Schuldnerländern zur Verfügung und legt ihnen dafür Schuldverpflichtungen auf, die zu mäßigen Sätzen zu verzinsen und zu tilgen sind. Die Schuldnerländer geben die Bonds an die ausländischen Gläubiger weiter, womit ein entsprechender Betrag ihrer kurzfristigen Auslandsverpflichtungen abgegolten ist. Die Gläubiger, in deren Hände die Bonds auf diese Weise wandern, können sie als Kreditunterlage bzw. Kreditzahlungsmittel weiter verwenden.

Unterschiedlich sind die beiden Pläne von Schmitz in der Frage der Deckung. Nach dem ersten Plan soll die B.I.Z. die Bonds ohne jegliche Deckung ausgeben; sie würde erst später allmählich einen Deckungsfonds anammeln, und zwar aus den Zinsen und Tilgungsbeträgen ihrer Forderungen an die Schuldnerländer aus der Herabgabe der Bonds. Nach dem zweiten Plan hingegen sollen die Bonds zu 50 Proz. durch Gold gedeckt werden, das der B.I.Z. von den Ländern mit Goldüberschuß zur Verfügung gestellt wird. Die B.I.Z. soll dafür einen Zinsprozentigen Zins an die Gläubiger zahlen.

Der erste Plan von Schmitz, der völlig ungedeckte internationale Zahlungsmittel zum Zweck der Kreditstilligung schaffen will, hat keinerlei Aussichten. Bei der jetzigen internationalen Vertrauenskrise ist es nicht gut vorstellbar, daß geldartige Kreditmittel der B.I.Z. das zum Umlauf nötige Vertrauen genießen sollten, die vorläufig nicht einlösbar und nur durch die Hoffnung auf die regelmäßige Erfüllung von Verpflichtungen gedeckt sind, die bisher wegen mangelnder Zahlungsfähigkeit gestundet werden mußten.

Der zweite sehr viel vernünftigeren Plan von Schmitz stellt sich eigentlich dar

als eine niedrig verzinsliche Goldanleihe,

die von den goldreichen Ländern zum Zweck der Konsolidierung der internationalen Kurzkredite zur Verfügung gestellt wird. Wenn statt der 50prozentigen eine 100prozentige Deckung der Bonds der B.I.Z. vorgeesehen würde, kann in der Tat gesagt werden, daß der Grundgedanke auf große Sympathie in Deutschland und weit darüber hinaus stößt. Könnte das Gold, von dem heute ein unverhältnismäßig großer Teil nutzlos in den Kellern einiger Noten-

banken liegt, zur Aufzucht und Konsolidierung der internationalen Kurzkredite verwendet werden, so könnten große weltwirtschaftliche Störungsquellen verstopft werden. Und damit wäre den Schuldnerländern in gleicher Weise geholfen.

Daß auch der zweite Plan von Schmitz nicht in allen Einzelheiten alle Komplikationen des internationalen Schuldenproblems berücksichtigt, ändert nichts an der technischen Durchführbarkeit und wirtschaftlichen Erwünschtheit des Grundgedankens. Aber schon die tüchtige Aufnahme, die der viel bescheideneren Vorschlag von Franqui in Frankreich gefunden hat, ermuntert nicht zum Optimismus.

Der schon aus dem Frühjahr stammende Plan Franqui sieht die Schaffung einer internationalen Kreditbank neben der B.I.Z. vor, deren Hauptaufgabe die Umwandlung eines großen Teils der kurzfristigen internationalen Kredite in mittelfristige ist. Zum Unterschied gegenüber den Plänen von Schmitz sollte die Ablösung der Kredite auf dem üblichen Weg der Geldaufbringung durch Anleihen oder Schatzscheine vor sich gehen.

An technisch brauchbaren Plänen, wie die kurzfristigen Auslandskredite aufgetaut und konsolidiert werden sollen, besteht also kein Mangel. Die große Sorge von heute ist die Verständigung zu einem gemeinsamen politischen Willen auf allen Seiten, die technisch brauchbaren Wege auch zu beschreiten. Daß von deutscher Seite der Wille besteht, ist schon durch die pünktliche Erfüllung der Verpflichtungen des Stillhalteabkommens (Zurückzahlung von Hunderten von Millionen Marktkrediten innerhalb kürzester Zeit) erwiesen. Die politische Entscheidung liegt also heute bei den Gläubigern und in erster Linie bei Frankreich. Die deutsche Entschlossenheit zu einer allgemeinen Verständigung mit Frankreich erscheint noch bedeutender als je.

Die Reichsbank am 31. Oktober

Zum Oktoberende haben die Wechselbestände der Reichsbank gegenüber der Vorwoche um 342,6 auf 4009,5 und die Lombardarlehen um 106,2 auf 239,5 Millionen Mark sich vermehrt. Auf dem Geldmarkt scheint ausreichende Flüssigkeit geherrscht zu haben; denn die Reichsbank hat auch die letzten kleinen Bestände von Reichsschatzwechseln trotz des Ultimos verkauft, und auf dem Konto der zinsfreien Girogelder zeigt sich noch eine Zunahme um 33,6 auf 518,1 Millionen Mark. Der Umlauf der Reichsbanknoten stieg um 373,1 auf 4745,9, derjenige an Rentenbankscheinen um 10,7 auf 421,3 Millionen Mark. Goldbestände haben sich leicht auf 1144,5 Millionen vermehrt, deckungsfähige Devisenbestände um 12,2 auf 130,7 Millionen verringert. Durch die stärkere Inanspruchnahme der Reichsbank ergibt sich eine von 29,4 auf 26,9 Prozent verringerte Notendeckung durch Gold und Devisen zusammen.

Verödeter Kapitalmarkt.

Unruhe wegen der Gerüchte über die Zinsenzwangswirtschaft.

Der scharfe Rückschlag, der sich im September auf dem Kapitalmarkt fortgesetzt hat, sollte der Regierung als Warnung dienen, was für Unheil mit den anhaltenden Gerüchten wegen einer Zinsenzwangskonvertierung (Zinsenerhebung) auf dem Kapitalmarkt angerichtet wird. Es ist gar keine Frage, daß, abgesehen von der Börsenschließung, die einer Entwicklung des Kapitalmarkts schon Schwierigkeiten entgegensetzt, die fortgesetzten Porzölle der agrarischen und industriellen Interessenten wegen einer zwangsweisen Zinsenerhebung den schon gedrohten Kapitalmarkt vollends zertrüben. Eine scharfe Abkehr der Regierung von den Forderungen der Zinsenzwangswirtschafts-„Politiker“ erscheint uns bei der gegenwärtigen Lage des Kapitalmarkts eine bringende wirtschaftspolitische Notwendigkeit zu sein.

Bei einem Bruttoabfluß an Pfandbriefen von rund 50,9 Millionen waren im September Rückflüsse von 44,2 Millionen Mark zu verzeichnen, so daß die Nettozunahme des Pfandbriefumlaufs nur 6,6 Millionen Mark beträgt. Einschließlich der Rückflüsse bei den Liquidationspfandbriefen sinkt die Zunahme sogar bis auf 1,2 Millionen. Das Geschäft für Kommunalobligationen litt noch erheblich stärker. Hier ging der Bruttoabfluß von 43,7 auf 3,28 Millionen Mark zurück. Dagegen betrug der Abgang durch Tilgungen und sonstige Rückflüsse 11,7 Millionen, so daß sich insgesamt eine Ab-

nahme um reichlich 8 Millionen Mark ergibt. Unter Einrechnung der Aufwertungsschuldverschreibungen verbleibt gegenüber einer Zunahme von 32,9 Millionen im Vormonat ein Abgang von 10,7 Millionen Mark im September.

Englands Wirtschaftskrise.

Die Gewinne der Industrie.

Die englische Wirtschaftszeitung „Economist“ veröffentlicht eine summarische Zusammenstellung der Geschäftsabläufe von 2033 englischen industriellen Unternehmen. Im dritten Vierteljahr des Jahres 1930 waren die Reingewinne der Unternehmen um 6,4 im zweiten Vierteljahr des Jahres 1931 bereits um 19,4 Proz. niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Insgesamt haben sich von 1929/30 bis 1930/31 die Gewinne der Unternehmen von 219,8 auf 187,6 Millionen englische Pfund vermindert, d. h. um rund 15 Proz.

Es ist interessant zu sehen, daß von diesem Durchschnitt die einzelnen Industriegruppen teilweise sehr stark abweichen. Einige haben sogar noch besser gearbeitet als im vergangenen Jahr. So konnten z. B. die Brauereien insgesamt ihre Gewinne um 1,6, die Elektrizitätsgesellschaften um 6,5, die Gasgesellschaften um 4,8 und die Straßenbahngesellschaften um 12 Proz. vermehren. Alle übrigen 16 Industriegruppen zeigen dagegen mehr oder weniger große Gewinnvermindierungen.

Am stärksten ist der Gewinnschwund bei den 9 Stahlgießereien; bei ihnen haben sich die Reingewinne von 846 000 auf 36 000 englische Pfund verringert, d. h. um 96 Proz. Fast ebenso groß ist der Gewinnverlust der Kautschukgesellschaften. Ihr Reingewinn ist von 5,04 auf 0,94 Millionen englische Pfund zurückgegangen, d. h. um 81,4 Proz. Es handelt sich bei dieser Gruppe um nicht weniger als 340 Gesellschaften. Schlecht steht es auch mit der Textilindustrie, bei der 59 Gesellschaften von der Unterjochung erfasst worden sind; ihr Reingewinn ist von 11,52 auf 4,91 Millionen englische Pfund zusammengeschrumpft, d. h. um 57 Proz. Unter dem Durchschnitt stehen ferner die Kohlenbergbaugesellschaften, die Grundstücksgesellschaften, die Automobilfirmen, Schiffahrtsgesellschaften und die Petroleumfirmen.

Soziale Baubetriebe im Krisensturm

Starke Widerstandsfähigkeit.

Die Bauwirtschaft bildet den stärksten Krisenherd in Deutschland. Schon im vergangenen Jahre strahlten von ihr die schwersten Depressionswirkungen auf die Gesamtwirtschaft aus. Um so bemerkenswerter ist die Widerstandskraft, die der Verband sozialer Baubetriebe der Krise gegenüber aufgebracht hat, wenn natürlich auch Rückschläge nicht zu vermeiden waren.

Nach dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht für 1930 blieb die Zahl der sozialen Baubetriebe mit 130 Unternehmen gegen 1929 unverändert. Die Zahl der im Durchschnitt beschäftigten Arbeiter und Angestellten betrug 15 756 gegen 18 524 im Vorjahr. Der Rückgang beläuft sich also auf 14,9 Proz., hält sich also im Hinblick auf die katastrophale Lage des Baumarktes in erträglichen Grenzen. Der Jahresumsatz ging um 17,4 auf 120,2 Millionen, also um 12,6 Proz. zurück. Der Umsatz hält sich also fast auf der Höhe des guten Baujahres 1928. Unter Berücksichtigung des gesunkenen Baukostenindex ist der Mengenumsatz nur unwesentlich hinter 1929 zurückgeblieben. Der Umsatzrückgang geht hauptsächlich zu Lasten der ausgebliebenen öffentlichen Aufträge, die mit nur 13,7 Millionen um 33 Proz. gesunken sind. Die Gesamtlohnsumme ging weniger stark zurück als Umsatz und Beschäftigtenzahl, nämlich um 9,7 Proz. auf 42,1 Millionen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Gesamtverzug von rund 1,35 Millionen aus, von denen nach Abzug ähnlicher Unkosten, Abschreibungen und Rückstellungen für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1930/31 ein Reinertrag von rund 195 630 M. verbleibt. Von dem Reingewinn werden 50 000 M. an die Hauptrücklage überwiesen, die sich damit auf 230 000 M. erhöht, während weitere 30 000 M. für Zinsen zurückgestellt werden. Der Rest wird auf neue Jahresrechnung vorgezogen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage hat die Gesellschafterversammlung beschlossen, die festgesetzte Frist für die Erhöhung des Stammkapitals um 2 auf 6 Millionen bis Ende Dezember 1933 zu verlängern.

Die Geschäftsbücher der Schullheiß-Patenhofer A.-G. sind der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt worden.

Die 10 000 Lokomotive bei Schwarzkopf. Die Berliner Maschinenbau A.-G. vorm. L. Schwarzkopf in Berlin-Wilhelmsruh hat soeben ihre 10 000. Lokomotive — eine Schnellzuglokomotive für die Deutsche Reichsbahn — fertiggestellt und zur Ablieferung gebracht.

Rauchen Sie

TETA

ZIGARETTEN

nicht weil sie billig,
sondern weil sie gut sind!

AZET ZIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

VERTRIEB: MELABAT ZIGARETTEN-HANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.
ZWEIGNIEDERLASSUNG BERLIN 12, NEUE PROMENADE 6 TEL.: 03 WEIDENHAMM 5409

6 Stück
20 Pfg.



Studentenfratwail in Halle.

Leutonische Jünglinge verhindern Professor und Rektor am Sprechen.

Halle, 3. November. (Eigenbericht.)

Die Universität Halle war am Dienstag in den Abendstunden der Schauplatz wüster Studentenrüpelleien, wie sie bisher in der Geschichte der Universitätsstandale wohl einzig dastehen dürften.

Unter Führung der Deutschen Studentenschaft drangen die reaktionären Korporationen geschlossen in die Universität ein, um den Rücktritt des Theologieprofessors Dehn zu erzwingen. Nach vorheriger Verabredung ließ man Professor Dehn in Begleitung des Rektors, Professor Dr. Rubin, unbehelligt in den Hörsaal gelangen, der schon lange vorher von Nazi-Studenten „besetzt“ war. Kaum waren die Türen geschlossen, als draußen wie drinnen ein wüster Lärm begann. Der erste Vorstößende der Deutschen Studentenschaft, Börner, munterte die ohnehin sich wie wild gebärdenden Studenten zu weiteren „Heidentaten“ auf. Fast eine Stunde lang hallte die Universität von den Schreien „Dehn raus, schmeiß ihn raus!“ wider.

Der Rektor erklärte, man möge ihn nicht zu Maßnahmen zwingen, die er selbst bedauern müsse. Die auf dem Flur stehenden Studenten drangen in diesem Augenblick unter dem Ruf „Dehn raus!“ in den Hörsaal ein. Unter ungeheurem Tumult erschien nunmehr Polizei im Universitätsgebäude. Neben dem Pult Dehns nahmen ein Hauptmann und sechs Beamte Aufstellung. Der Rektor sicherte Zurückziehung der Polizei aus dem Hörsaal zu, wenn Dehn in Ruhe gehört werde. Der Tumult verstärkte sich jedoch derart, daß Dehn während der letzten Minuten des Kollegs schmelzen mußte. Der Rektor erklärte die Vorlesung für beendet und forderte die Studenten auf, den Hörsaal zu räumen.

Sturm in Braunschweig.

Der Nazi-Konrektor Klaggas muß sich verantworten.

Braunschweig, 3. November.

Der Landtag schloß heute die Besprechung der sozialdemokratischen Großen Anfrage über unterschiedliche Behandlung bei der Genehmigung öffentlicher Umzüge fort. Die Linksfraktionen, die gestern den Saal verlassen hatten, waren wieder erschienen. Die Debatte wurde von beiden Seiten mit erheblicher Schärfe geführt. Der Rationalsozialist Bertram wandte sich gegen die gestrigen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, und es kam wieder zu erregten Szenen. Noch lebhafter wurde es, als der Sozialdemokrat Thielemann sprach. Er führte das Wort des Ministers Klaggas vom „marxistischen Rob“ an und bezeichnete die Berufung des Ministers als „Futtertrippenwirtschaft“. — Der Rationalsozialist Schmidt, der den Redner auf einen Jurist hin einen elenden Verleumder nannte, wurde von der Sitzung ausgeschlossen. — Zu den Vorgängen am SA-Tage übergehend, sagte der Abg. Thielemann u. a., ihm lägen 150 Adressen von Rißhandlungen vor, die keiner Partei angehörten. Man hätte wiederholt Kundgebungen republikanischer Organisationen verboten und die nationalsozialistischen gesteuert. Es könnten Beweise über Beweise beschafft werden, wer für die Lieberfälle während der SA-Tage verantwortlich sei. Zum Schluß brachte der Abgeordnete folgende Entwürfe seiner Fraktion ein:

Der Landtag mißbilligt die unterschiedliche Handhabung des Umzugsverbotes. Der Landtag wolle beschließen: Minister Klaggas besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.

Der kommunistische Redner forderte für die durch die Zwischenfälle in den Tagen des SA-Kaufmarches vorgekommenen Sachbeschädigungen Erlass und für die Familien der beiden Todesopfer eine Monatsrente von 200 Mark, ferner volle Freiheit für alle Kundgebungen.

Abg. Dr. von Frankenberg (Sozialdemokrat) zählte eine Reihe von Vorfällen auf, die zeigen, daß die Rationalsozialisten die Schuld an den Zwischenfällen tragen. Da während der Rede des Abgeordneten die Tribüne in die Verhandlung eingriff, wies der Nazi-Präsident wiederholt einzelne Personen von der Tribüne.

Schließlich nahm Klaggas das Wort und führte aus, er habe als Minister nicht die eine oder die andere Partei zu rechtfertigen. Man habe versucht, ihn persönlich anzugreifen und habe seine Rede von marxistischen Rob kritisiert. Er habe gesagt, daß das entschlossene Auftreten der SA, es vermocht habe, den marxistischen Rob in seinem Schlupfwinkel zurückzuhalten. Von diesen Worten rüde er nicht ab. Klaggas betonte nochmals, daß er keine Verfügung erlassen habe, monoch von ihm jeder marxistische Kaufmarch grundsätzlich verboten sei. Was das von den Sozialdemokraten beigebrachte Befehlshandlungsmaterial angehe, so sehe ihm die Glaubwürdigkeit, was schon daraus hervorgehe, daß — wie Dr. von Frankenberg zugestanden habe — juristische Funktionäre der Sozialdemokratie die vorgebrachten Aussagen abgelehnt hätten. Als Klaggas zum Schluß erklärte, daß er nach Herkunft und Erziehung dem handarbeitenden Volke viel näher stehe als der Abg. von Frankenberg und daß in seiner Familie in dieser Beziehung mehr gearbeitet worden sei als in der Familie des Vorredners, wollte der Abg. Dr. von Frankenberg mit geballten Fäusten auf den Minister losgehen, wurde aber von seinen Parteigenossen zurückgehalten. Der Präsident schloß ihn von der Sitzung aus. Hierauf wurde die Beratung auf einige Stunden unterbrochen.

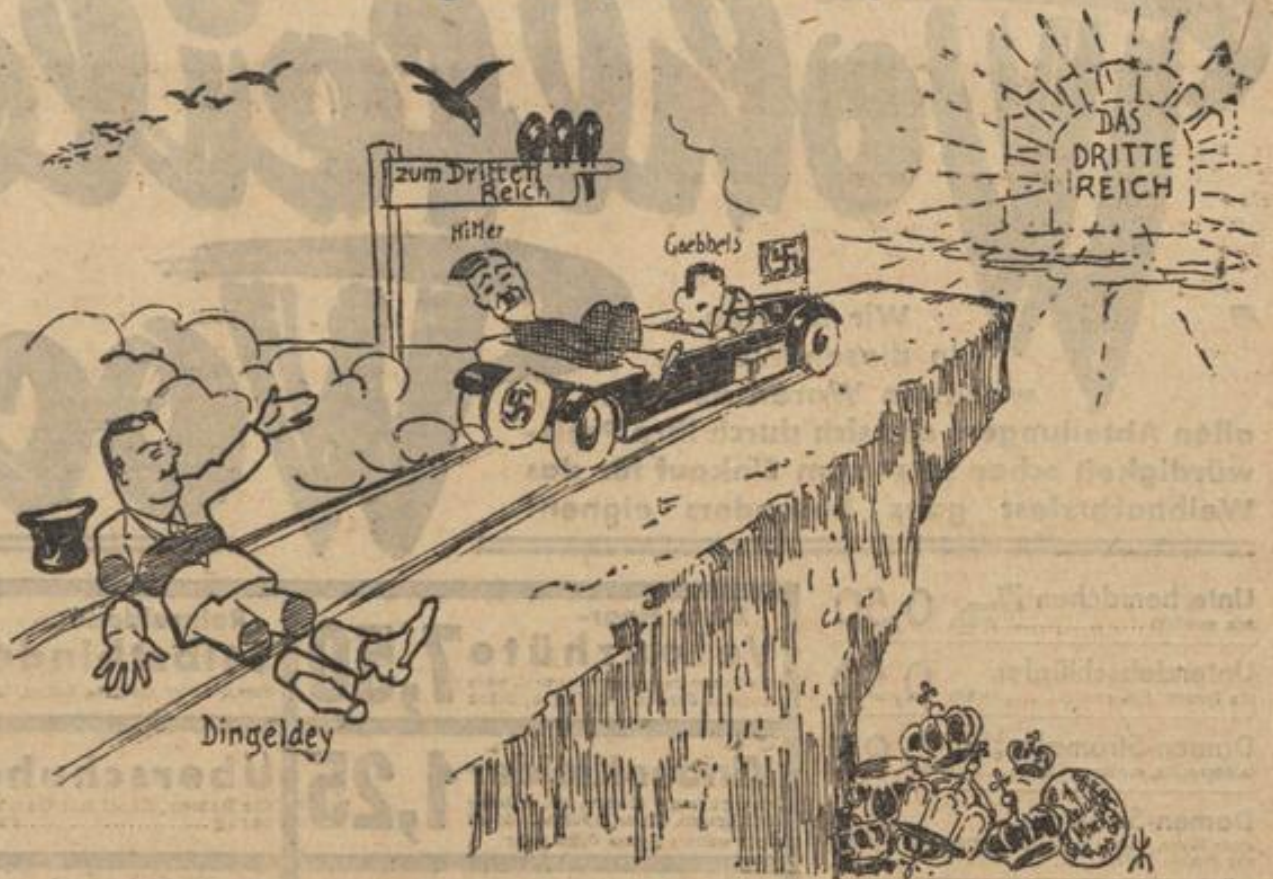
Konzessionen für Milchhändler.

Zum Inkrafttreten des Reichsmilchgesetzes.

Der preussische Minister für Landwirtschaft hat die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen, daß vom 1. Januar 1933 an mit dem Inkrafttreten des Reichsmilchgesetzes es höhere Anforderungen bei der Erteilung der Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Abgabe von Milch gestellt werden. Die Regierungspräsidenten werden auf die Milchhandelserlaubnisstellen einwirken, daß diese die Antragsteller, die sich nach dem 1. Januar um die Erteilung einer Milchhandelserlaubnis bemühen, auf die sich gegebenenfalls ergebenden Konsequenzen aufmerksam machen.

Nach dem neuen Aufnahmestempel jeder, der gewerbsmäßig Milch an andere abgibt, einer besonderen Erlaubnis. Diese wird u. a. von dem Nachweis einer bestimmten Mindestmenge abhängig gemacht werden. Bedinglich diejenigen Unternehmer, die ihr Unternehmen bereits vor dem 8. August 1930 betrieben haben, sind von dem Nachweis befreit, eine bestimmte Mindestmenge im Verkehr bringen zu können, während sie im übrigen allen anderen Konzessionsantragsteller ebenso unterliegen, wie diejenigen Unternehmer, die in der Zeit vom 8. August 1930 bis zum 1. Januar 1932 ihren Betrieb eröffnet haben.

Dingeldens Weisheit.



„Ein anständiger Automobilist nimmt die Menschen, die er überfährt, mit.“

Internationale Solidarität!

Entschließung der SAJ. zur Krise der Weltwirtschaft.

Die von dem Büro der Internationale während der Pariser Tagung angenommene Entschließung über die Weltwirtschaftskrise hat folgenden Wortlaut:

„Die Wirtschaftskrise nimmt an Ausdehnung und Schärfe zu. Überall wächst die Zahl der Arbeitslosen; die Arbeiterlöhne und das Lebensniveau der Bauern sinken; überall wird der Umsatz geringer, überall häufen sich Vorräte an. Die festesten Währungen werden von der Spekulation besiegt; die ganze Welt ist der Unordnung, dem Zerfall und dem Elend ausgeliefert.“

Die internationale Reaktion treibt die Unvorsichtigkeit soweit, daß sie den Zusammenbruch der Weltwirtschaft der Aktion der Arbeiterregierungen und -parteien zuschreibt. Der Sozialismus erklärt die Krise als eine endgültige Beurteilung, die der Kapitalismus gegen sich selbst ausspricht. „Eine Gesellschaft, die den standlosen Gegensatz zwischen Überproduktion und Verschwendung einerseits, Mangel und Hunger andererseits offen zutage treten läßt, die sich für unfähig bekennet, ihren Mitgliedern Arbeit und Unterhalt zu sichern, der es nicht gelingt, das Gleichgewicht zwischen dem Ertrag des Produktionsapparates, der Aufnahmefähigkeit und den verfügbaren Arbeitskräften aufrechtzuerhalten, legt gegen ihre eigenen Grundsätze ein vernichtendes Zeugnis ab.“

Wir haben den Ruin des Kapitalismus

nicht vorauszusagen noch in der Zukunft festzulegen. Die Vernichtung eines sozialen Regimes ist kein materieller Ruin. Der Kapitalismus hat sich schon selbst zerstört, als er seine Unfähigkeit bewiesen hat, seinen vitalen Verpflichtungen nachzukommen, als er gezwungen worden ist, seine eigenen Gesetze zu verletzen, und als er in seinem Glauben an sich selbst erschüttert worden ist. Der Zusammenbruch des Kapitalismus ist offensichtlich; vergebens bemüht sich der Kapitalismus, ihn zu verhüllen, indem er in allen Ländern die Einheitsfront der reaktionären Kräfte gegen die Arbeiterbewegung organisiert oder zu organisieren versucht.

Unfähig, die Probleme zu lösen, die er selbst aufgeworfen hat, unfähig, den leidenden Massen auch nur eine Hoffnung von Erleichterung zu verschaffen, könnte der Kapitalismus nur teilweise und provisorische Maßnahmen auf dem schon lange von dem Sozialismus vorgezeichneten Wege suchen. Die Regierungen beschreiten zögernd und gegen ihren Willen diesen Weg.

Alein eine Aktion internationaler Hilfe

und Solidarität könnte die allgemeine Not in gewissem Maße lindern.

Die Wirkungen der Wirtschaftskrise sind seit einigen Monaten durch die Währungs- und Kreditkrise vermehrt worden. Nur eine internationale Verständigung kann die Devisenspekulation verbieten und unterdrücken. Nur eine internationale Organisation kann es ermöglichen, endgültig die Währungen zu stabilisieren, die kurzfristigen Kredite zu konsolidieren, das Mißverhältnis zwischen den Diskontsätzen zu verringern, die Schwierigkeiten zu beheben, die sich aus dem Mangel oder der schlechten Verteilung des Geldes ergeben, und die Prüfung des Schulden- und Reparationsproblems wieder aufzunehmen, dessen gegenwärtiger Stand die solange zwischen den Nationen erörterten Lösungen praktisch undurchführbar macht.

Was die Krise der Lebensmittelproduktion anbetrifft, so ist es zugleich absurd und trügerisch, das Heilmittel in einer Verringerung des Ertrages des Produktionsapparates zu suchen. Die einzig vernünftige und wirksame Anstrengung muß darauf gerichtet sein, den Verbrauch und den Warenaustausch anzuspornen. Erhöhung der Kaufkraft, rationelle Verteilung des Credits an die Nationen, deren Lebensniveau herabgedrückt ist, Herabsetzung der Zollschranken sind die wesentlichen Bedingungen für eine Wäderung der Krise. Sie haben notwendigerweise die Aufrechterhaltung der Löhne, die Kürzung der Arbeitszeit, die Ausföhrung großer internationaler Arbeiten, den Ausbau und die Vereinheitlichung der Arbeitergesetzgebung und die Erhöhung des Arbeiterwohlstandes zur Folge.

Alle Nationen müssen bei dieser Aufgabe solidarisch sein.

die für sie eine gemeinshafte Pflicht darstellt. Aber die schwerste Verpflichtung und Verantwortung ruht auf den Nationen, denen die politische und finanzielle Lage erlaubt, die umfangreichste Hilfe beizubringen.

Es war die Pflicht der Internationale, dieses Programm in großen Zügen aufzustellen. Aber die Erfahrungen der Vergangenheit erlauben es nicht, große Hoffnungen auf die kapitalistischen Regierungen zu setzen, denen die Ausführung dieses Programms zufallen würde. Schon der Wiener Kongreß hatte ernste Warnungen ausgesprochen. Wenn sie befolgt worden wären, wenn Deutschland die notwendige Hilfe ohne Zuschuß und ohne Bedingungen geleistet worden wäre, wäre die Wirtschaftskrise abgemildert und die Währungskrise verhindert worden. Angesichts einer verschärften Lage, die tatkräftigere und ausgebehutere Maßnahmen verlangen würde muß man befürchten, daß die Regierungen dieselbe Ohnmacht zeigen. Es fehlt ihnen an Mut und Weisheit. Was die Führer des Industriekapitalismus anbetrifft versucht ihr sinnloser Egoismus Heilmittel, die das Uebel nur verschlimmern können, wie z. B. die Senkung der Löhne, die Beschränkung der Arbeiterrechte, die Vernichtung der Sozialgesetze.

Als Opfer der Krise, als Opfer der Maßnahmen, mit denen das Unternehmertum die Krise zu befeitigen sucht, als Opfer der Blindheit der Regierungen müssen die Arbeiter an den Tag denken, an dem sie nur auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft zu zählen haben. Die Internationale ruft sie zur Aktion auf. Die Formen dieser Aktion sind und können nicht einheitlich sein. Sie sind verschieden je nach den Nationen, den Umständen und den politischen Bedingungen, gemäß der Natur der Widerstände, auf die die Forderungen des Proletariats stoßen. Aber die Aktion muß in ihrem Geist und ihren Zielen einheitlich bleiben. Die solidarische Anstrengung, die der Kapitalismus zu seinem eigenen Heile nicht liefern kann, wird die Arbeiterklasse zu ihrer Verteidigung und Befreiung vollbringen.

Sprecherwahl im Unterhaus.

Auffauch der Regierungsumbildung.

London, 3. November. (Eigenbericht.)

Das neue Parlament trat am Dienstag zu einer rein formalen ersten Sitzung zusammen, in der die materielle oder politische unwichtige Zeremonie der Wahl des Sprechers vollzogen wurde. Auf der Oppositionsseite waren viele Bänke leer, während auf der Regierungsseite längst alle Mitglieder einen Sitz finden konnten und mancher Abgeordnete sich auf dem Schoß eines Kollegen niederlassen mußte. Als MacDonald eintrat, brachte ihm die Mehrheit stürmische Ovationen dar.

Eine Ministerliste liegt noch nicht vor. Wahrscheinlich wird die Kabinettsbildung erst in einigen Tagen, nach der Rückkehr MacDonalds aus Schottland, bekanntgegeben. Als Schatzkanzler werden neuerdings Mac Kenna und der liberale Kunciman genannt. Der künftige Schatzkanzler wird nicht in der traditionellen Residenz, in Downingstreet 11, wohnen. Dieses Haus wird von Baldwin bezogen werden, der das Schatzkanzleramt endgültig abgelehnt hat. Das bisherige Schatzamt und das Haus des Ministerpräsidenten sind durch einen Gang miteinander verbunden worden, so daß MacDonald und Baldwin jederzeit schnellstens zusammenkommen können.

Die Labour Party hat Lansbury zu ihrem parlamentarischen Führer gewählt. Führer der Partei bleibt Arthur Henderson.

Aufmarsch der Pilsudski-Spikel.

Belaftungszeugen im Drest-Prozess.

Warschau, 3. November. (Eigenbericht.)

Im Prozeß gegen die Oppositionsführer werden jetzt die aus allen Bundesstellen herbeigeholten Belaftungszeugen vernommen, fast ausschließlich Polizeibeamte, die ihre Aussagen, wie sie selbst zugeben, durch Zufüßerungen „ergänzt“ haben; bisher haben sie alle lässig verjagt. Ihr schwerster Vorwurf gegen die Angeklagten ist, daß die Oppositionsführer die Pilsudski-Regierung in Beschwörungsreden nicht gerade freundlich behandelt haben.

Wohlfühle Wochen

Wir bringen in diesen Wochen wohlfeile Waren aus fast allen Abteilungen, die sich durch ihre Preiswürdigkeit schon jetzt zum Einkauf für das Weihnachtsfest ganz besonders eignen!

Mengenabgabe vorbehalten
Verkauf schnell Vorrat

Kleider 12,75
für Damen, gute Wollqualität, moderne Machart..... Stück

Pullover 6,90
für Damen, reine Wolle, mit farbigen Einsteckern..... Stück

Blusen 4,90
für Damen, aus gutem Tricot-Charmeuse, moderne Jaborform, Stück

Unterhemdchen für Damen, fein gewirkt.....Stück 0,50

Unterziehschlüpfer für Damen, fein gewirkt.....Stück 0,50

Damen-Strümpfe knäuel, Seide, feinmaschig, moderne Farben...Paar 0,95

Damen-Strümpfe reine Wolle, warme haltbare Qualität, nur dunkle Farben.....Paar 1,25

Damen-Handschuhe reine Wolle, gestrickt oder Schwedisch imitiert, mit mod. Manschette...Paar 0,95

Waschleder-Handschuhe für Damen, mit 2 Perlmutterknöpfen, waschbar mit Wasser und Seife, Paar 2,90

Damen-Taschentücher weisse Makubattist, mit farbiger Kanse, ca. 29 cm gross.....Stück 0,14

Echte Haar-Velourhüte 7,50
für Damen, in grosser Auswahl, neue moderne Formen und Farben, Stück

Kinder-Kleider 1,25
aus gutem Velours, mit weissem Bahkragen, für ca. 2 Jahre...Stück
Jede weitere Grösse 0,25 mehr

Charmeuse-Schlüpfer schwere Qualität, modernes Farbortiment.....Stück 1,75

Weisse Oberhemden 2,75
mit eleg. Popelineinsteckern, Stück

Reinseidene Selbstbinder 1,45
gute Qualität, moderne Muster, Stück

Überschuhe 3,90
für Damen, Stoff mit Gummiböschung.....Paar

Plüsch-Reise-, Auto- und Schlafdecken 19,75
2seitig, bis 200 cm lang, darunter schwere Mohairqualitäten, Stück

Linoleum-Auslegeware gezeichnet, teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern.....qm 1,95

Küchenhandtücher reines leinenes Dalpergawebe, ca. 45/100, 6t. 0,58

Linon-Garnitur 1 Deckbett ca. 180/200 cm, 1 Kissen ca. 50/90 cm, glatt, 1 Kissen ca. 80/80 cm, mit mod. Wickel-à-jour-Einsatz, schöne Ausführung 5,90

Bettlaken guter starkfädiger Down, Gr. ca. 180/225 cm.....Stück 2,75

Jacquardrips-Dekorationen mit konfektioniertem Querschnitt und Franse, Schal ca. 270 cm
Garnitur 15,75 Garnitur 12,75

Bouclé-Teppiche reines Haargarn
ca. 180/200 cm ca. 200/300 cm ca. 240/300 cm
19,00 29,00 44,00

HERMANN TIETZ

Verlangen Sie die kostenlose Zusendung unseres Spielwaren-Kataloges!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Mittwoch, den 4. November
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Die schalkhafte Witwe
Staatsschauspieltheater
Gendarmenmarkt
30 Uhr
Wallensteins Lager / Die Piccolomini

SCALA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr
Erstg. Debut!
Walter DARE WAIL
Die Originals aller Extrastärke
4 Urbanis
The 6 Marvells
Chartons
neue Revue
und weitere Attrakt.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
Die neue Barleske
„Der arme Kasimir“
Nachmittags halbe Preise, volles Programm!

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434
Kauders erobert
4 Queens, Gaston Palmer
2 Oliveras, 2 Hockneys
u. a. w.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 97.
Volksstück
Mocker-Fritze
Dazu das Singspiel „Erwischt“
und das neue bunte Programm!
Outschein 1-4 Personen
Parkett nur 50 Pf.
Fauteuil 1.- Mark, Sessel 1,50 Mark

NUR NOCH 12 TAGE!
GROSSES TAGLICHES SCHAUPIEL
TAGLICH 8 UHR
REGIE: **W. W. W. W.**
CRABELL
DER WELTERFOLG!
Sonntag nachm. 3 Uhr billige Preise.

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENPLATZ
Das P
Vergnügungs
Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

LICHTBURG
Bln. - Gesundbrunnen
Direktion: Luis Gimms
Telephon: Humboldt 1634-37
Von Dienstag, den 1. November
bis Montag, den 5. November 1931
Ein ausgezeichnetes Programm,
ebenbürtigem erfolgreichsten der
vorigen Woche!

I. Teil: Kurzstücken / Orchester	II. Teil: Varieté
Kulturfilm Aufmarsch der Prominenten in dem neuesten Kabarettfilm „Kreuzworträtsel“ Fox tönende Wochenschau Das Lichtburg-Symphonie-Orchester	2 Palneros Akrobatische Spitzenleistungen Garrick Der Mann, der alle Tier-sprachen beherrscht 4 Wassiljells Das weltberühmte russische Quartett Baby, Teddy und Gaby Equilibristische Wirtel-tanz-Semantik

III. Teil: Der Ton- und Sprechfilm-Erfolg!
„Der Herr Finanzdirektor“
Ein lustiger Ton-Sprech-Film nach dem Volkstück
„Der Mann, der schwelgt“
Die ausgezeichnete Besetzung: Max Adalbert, Elza Brink, Frau Norman, Herrn. Seemann, Col. Gordan, K. Lillen, Herrg. Schanfuß, E. Rex, Berth. Reilbig, Kapellier Jnost v. Eden-Rudel / Komposition: Meisel

Wochentags: 4 5 8 10
Sonntags: 3 5 8 10
Preis der Plätze: 0,80 bis 1,50 in Parkett und Rang, 2.- Mark Balkon und Logen

Volkstheater
Theater am Döllnplatz
8 Uhr
Das vicie Gebot
Staatl. Schiller-Theater
8 Uhr
Das Nürnbergische Ei

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 448/49
Heute geschlossen!
Ab morgen
Die Heilige aus USA.
von Ilse Langner
Reg. Ludwig Berger
Musik Ernst Toch
Schausp.: Rudolf Barmayer
u. Friedr. Wastler-Janssenberg

Theater im Admiralsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Dubarry
mit
Gitta Alpar
Preise v. 0,50 M. an

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntags 5 und 8 1/2
Die Blume von Hawaii
Operette Abraham
Preise von 50 Pf. an

Deutsches Theater
8 Uhr
Geschichten aus dem Wiener Wald
von Oedon Horvath
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Jemand
Von Franz Molnar
Regie: Gustaf Gründgens

Rose-Theater
Grosse Frankfurter Straße 132
Tel. Weidol 17 3422
6 und 9 Uhr
Frühling im Wiener Wald

Zentral-Theater
Alte Jakobstr. 20-32
Täglich 8 1/2
Sonntags auch 5 1/2
Jessel dirigiert
Schwarzwalddädel
Ossi Dienz, Harry Eschl,
Gerd. Park-Fuß, 0.50
Mittwoch 4 Uhr
Harry Gandy in
Hänsei u. Gretel
(s. Red. enthält ein Geschenk)

Internationales Theater
Kleines Theater, Unter den Linden 44.
Heute 3.30 Uhr ermäßigte Preise
The two Virtues
Vorstellung für Stud. u. Schüler
Heute 8.15 Uhr kleine Preise
Flucht vor Michael

Verlangen Sie
jeden Donnerstag die aktuelle Wochenschrift
„Alarm“
Gegen die Feinde der Republik
Bei allen Zeitungshändlern, Bahnhofs-Buchhandlungen, Kiosken etc. zum Preise von nur 10 Pfennig erhältlich

Tätig und unermüdet verließ am Sonntag, dem 1. November 1931, um 10 Uhr, mein lieber, guter und wegschickter Sohn, unter bestmöglicher Pater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schloffer
Otto Steffen
im 57. Lebensjahr.
In tiefem Schmerz
Marie Steffen, geb. Lock
Anna Rosl, geb. Steffen
Franz Rosl
Berlin SO 35, Feltrich-Kolles-Str. 5.
Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag, dem 5. November, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerickestraße.

Danksagung.
Für die überaus rege Beteiligung beim Beisetzungsfeierlichen meines lieben, unsterblichen Mutter, Großmutter und Tante
Martha Döring
sagen wir allen Beteiligten, ganz besonders der 67. Abteilung der G.P.D. Grunewald, innigsten Dank.
Gustav Döring
nebst Angehörigen.

Am Sonntag, dem 1. November, 18 1/2 Uhr, verschieden nach kurzem, schwerem Krankenlager meine liebe Frau, unsere herzlichste Schwester, Schwägerin und Tante
Anna Richter
geb. Schmidt
im 48. Lebensjahr, im Namen der Hinterbliebenen
Ernst Richter.
Berlin-Mahlsdorf, Heilersdorfer Str. 4.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 5. November, 14 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Lemkestraße, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Gürtler
Paul Hesse
geboren 20. Mai 1885 am 31. Oktober gestorben ist.
Seine letzten Ruhestellen!
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 5. November, 15 Uhr, im Krematorium Hilmersdorfer Platz
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Gesamtverband
der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs
Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin — Berlin N 24, Johannisstraße 14/15
Funktionärerversammlung
für die Vertrauensleute der Nämmerbetriebe
am Donnerstag, dem 5. November 1931, 19 Uhr, in den „Musiker-Festsälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31
TAGESORDNUNG:
Bericht über die Lohnverhandlungen u. Stellungnahme zum Schiedsspruch vom 1. November 31
Eintritt nur gegen Verbandsmitgliedsbuch und Funktionärswahl.

Theater des Westens
Täglich 8 1/2
Sonntag 13, 5 u. 7 1/2
Das Dreimäderlhaus
mit
Maria Paudler
Musik von Schubert

Planetarium
Tägl. außer Montags
3, 5, 7, 9 Uhr
Eine Filmfahrt in
Die Alpen
Vorher Betrachtung d. Thermenblumens
Eintritt 80, 3 u. 80 Pf.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine herzlichste Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Frieda Liebsch
geb. Jahn
von ihrem schweren und unendlicher Geduld ertragenen Leiden im 53. Lebensjahr am 1. November, abends 9 Uhr, erlöst worden ist.
In unsagbarem Schmerz und tiefer Betrübnis
Fritz Liebsch und Angehörige.
Berlin, Birkenstr. 44 a, den 4. November 1931.
Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 5. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Georgen-Friedhofes, am Königstor, statt.